Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 34.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

18. August 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Zum 30. August.

Die Wählerschaft des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises wird am 30. August ein bedeutungsvolles Verdikt abzugeben haben. Auf diesen Tag ist die Nachwahl für den, durch die geistige Umnachtung Hasenclever's erledigten Reichtagssitz angesetzt. Lange genug hat es gedauert, bis die Behörden sich dazu entschlossen haben, und wer weiß, ob es nicht noch länger gedauert hätte, wenn nicht Puttkamer ob seiner „Gedächnißschwäche gegenüber Friedrich III. „in Gnaden" entlassen worden wäre, und der neue Besen, will sagen Minister des Innern das Bedürfniß fühlte, zunächst etwas weniger frech zu wirthschaften als sein Vorgänger. Nun, die Verzögerung hat auch ihre gute Seite, sie ist die Ursache, daß die Wahl eine größere Bedeutung erhält, als sie sonst gehabt hätte.

Der sechste Berliner Reichstagswahlkreis mit seiner überwiegend der Arbeiterklasse angehörenden Wählerschaft, ist in die Lage versetzt, dem neuen Kaiser die erste Antwort des **Volkes** auf seine Proklamationen und seine bisherigen Regierungsakte zu geben. Die offiziellen Körperschaften, die dazu berufen gewesen wären, haben diese Pflicht verabsäumt, sie haben sich in servilen Betheuerungen ihrer „Loyalität", ihrer Unterthanentreue, ergangen; in dem ganzen Adressenwechsel zwischen ihnen und dem neuen „Herrscher von Gottes Gnaden" ist zwar sehr viel von des Volkes „Wohl", nirgends aber von des Volkes Beschwerden, von des Volkes Forderungen, von des Volkes Rechten die Rede. Der Reichstag, der Landtag ꝛc. haben als getreue Knechte des Kaisers und Königs, nicht aber als getreue Vertreter des Volkes gesprochen. Die Stimmen von Männern hat Wilhelm II. in seiner neuen Würde noch nicht zu hören bekommen. Da ist es denn um so mehr zu begrüßen, daß ein Wahlkreis, dessen Wählerschaft von jeher sich durch muthige, unabhängige Gesinnung ausgezeichnet, zuerst Gelegenheit erhält, das zu besorgen. Das Volk als Wahlkörper hat keinerlei Rücksichten zu nehmen, weder auf höfisches, noch Zeremoniell sonst welcher Art, es hat lediglich seinen Interessen, seinen Forderungen, seinen Bestrebungen Ausdruck zu geben, sein Urtheil über die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu fällen — gleich dem Richter, der Recht sprechen, aber keine Komplimente austheilen soll.

Unsere Genossen im Wahlkreis haben Wilhelm Liebknecht zu ihrem Kandidaten proklamirt. Sie hätten keine bessere Wahl treffen können. Liebknecht, der über ein Menschenalter im Lager der proletarischen Demokratie kämpft, der in Kerker und Exil für seine Ueberzeugung gelitten, Liebknecht, der unentwegte, der unerbittliche Gegner des heutigen Regierungs- und Ausbeutungssystems, ist ein Kandidat, dessen Name jedes Mißverständniß, jede Zweideutigkeit ausschließt. An einer Stimme, die auf den Namen Wilhelm Liebknecht abgegeben wird, ist nicht zu drehen und zu deuteln. Sie bedeutet einen entschiedenen Protest, ein energisches, bis an die höchste Stelle vernehmbares Nein.

Wilhelm II. hat es für gut gehalten, bei allen möglichen Gelegenheiten sich als ein persönlicher Feind der Sozialdemokraten zu erkennen zu geben. Das „Ueber den Parteien", das man dem Gottesgnadenthum nachzusagen liebt und das auch von seinen Vertretern der Form nach beobachtet zu werden pflegt, wurde hier als überflüssiges Möbel bei Seite gelassen, der Sozialdemokratie gegenüber hält man ja auch sonst manche der „konventionellen Lügen" nicht für nöthig. Selbstverständlich liegt es uns fern, darüber Klage zu führen. Wir lieben die klaren Situationen und sind, wie für jede, so auch für diese Offenherzigkeit nur dankbar.

Die Sozialdemokratie, die Partei des arbeitenden Volkes, steht Wilhelm II. nicht „über sich", wie das die Fortschrittler thun und daher auch gezwungen sind, den Zögling Bismarck-Puttkamer's und Freund Stöcker's in einen liberalisirenden Kaiser umzudichten, die Sozialdemokratie sieht ihn offen und gradheraus gegen sich. Wilhelm II. steht in dieser Beziehung nicht anders da, als der erste beste Förster oder Holtz.

Erst jetzt wieder lesen wir in einer Notiz, welche die Runde durch die gesammte deutsche Presse macht und aus der gutgesinnten und in solchen Dingen gut informirten „Kölnischen Zeitung" stammt, daß Wilhelm II. in Kopenhagen dem deutschen Ministerpräsidenten Estrup gegenüber in einer Audienz sich geäußert habe, die Sozialdemokratie sei der internationale Feind, das habe auch der Kopenhagener Sozialistenkongreß bewiesen. Herr Estrup, der die Verfassungen mit Füßen tritt wie Könige ihre Eide, sei von diesen Worten des Kaisers so erbaut (der Ausdruck wird wörtlich gebraucht) gewesen, daß zu hoffen sei, die dänische Militärpartei, deren Führer notabene Herr Estrup ist, werde nunmehr vor dem Ernst der innern Frage „endgiltig in den Hintergrund treten". Mit andern Worten: Alle internationalen Händel zwischen den großen Herren seien begraben oder mindestens vertagt, und der frische fröhliche, internationale Feldzug gegen die Sozialdemokratie eröffnet. Ein Programm, von dem ein Estrup allerdings mancherlei Grund hat, erbaut zu sein; wer sich so in die Sackgasse hineinverrannt hat wie er, wird mit Vergnügen jede Gelegenheit ergreifen, den „Gesellschaftsretter" zu spielen. Ob aber das Dänenvolk sich von ihm wird „retten" lassen wollen, ob die dänischen Bauern, auf die es hiebei in erster Linie ankommt, sich durch das Vorgaukeln des „rothen Gespenstes" werden ins Bockshorn jagen lassen, das ist leider eine andere Frage. Dazu haben sie es vielleicht schon zu sehr aus der Nähe kennen gelernt.

Wie dem aber auch sei, die Absicht, gegen die Sozialdemokratie einen Vernichtungskrieg zu führen, ist vorhanden, vor allem auf der Seite des deutschen Kaisers und preußischen Königs vorhanden, und das gilt es, festzustellen und im Auge zu behalten, die Notiz der „Kölnischen Zeitung" ist bis heute unwidersprochen geblieben.

Und ebenso ist unwidersprochen geblieben jene andere, von der Denkart Wilhelm's II. Zeugniß ablegende Notiz, die wir bereits in Nr. 31 reproduzirt und in welcher Dr. Hinzpeter, in früheren Jahren Erzieher des Kaisers, von ihm in einer Schrift, welche die „allerhöchste" Anerkennung gefunden, erzählt, der Kaiser, dessen linker Arm bekanntlich verkrüppelt ist, habe seine ganze Körper- und Geistes-Energie so auf Attentate dressirt, daß er „für den Fall eines Attentats vor Allem den einen Wunsch hegt, daß ihm noch genug Kraft bleibe, um den Mörder zu packen und abzustrafen."

Hier wird mit dürren Worten zugestanden, was bereits aus der Art, wie Wilhelm II. sich und seine Familie überall mit Polizei umgibt, sowie aus seiner Nowaweser Heldenthat für jeden Urtheilsfähigen zu ersehen war, daß die Furcht vor etwa möglichen Attentaten die Phantasie desselben beherrscht. Hier hat das System Bismarck-Puttkamer, die Lektüre der „Kreuzzeitung", der Reptilienpresse und vor Allem der geheimen Rapporte der „Nicht-Gentlemen" à la Schröder und „Pflichtgetreuen" à la Ihring-Mahlow Früchte getragen. Wie sich das mit der „außergewöhnlichen Intelligenz" zusammenreimt, welche das servile Zeitungsgeschwister dem „Jugendlichen" nachrühmt, das mögen die Herren selber erklären. Uns fehlt dazu das spezifisch monarchistische Organ.

Wie aber soll der Vernichtungskrieg gegen die Sozialdemokratie geführt werden? Die erwähnte Korrespondenz der Kölnischen gibt darüber nur halbe Auskunft. Sie spricht von der deutschen „Sozialgesetzgebung", deren Ausbau der Kaiser „eifrig fördern" werde. Nun hat aber diese „Sozialgesetzgebung" zwei Seiten. Eine, die das Zuckerbrod darstellen — soll, bei der aber bisher für den Arbeiter weder Zucker noch Brod herausgesprungen ist, und die andere, die Peitsche, dargestellt durch das Sozialistengesetz. Für den „Ausbau" beider in der bisherigen Bau-Art bedanken sich die Arbeiter schönstens. Und Wilhelm II. das zum Bewußtsein zu bringen, das wird am 30. August Aufgabe der Arbeiter und zu den Arbeitern stehenden Wähler des sechsten Berliner Wahlkreises sein.

In diesen Tagen ist der Entwurf desjenigen Theils der vor sechs Jahren als „praktisches Christenthum" angekündigten „Sozialreform" dem Volk bekannt gegeben worden, der nach dem Programm derselben die „Krönung des Gebäudes" bedeuten soll. Ein Schrei der Entrüstung entrang sich der Brust der gesammten Arbeiterschaft, als sie die Bestimmungen dieses Entwurfs las, als sie vernahm, welche Bettelpfennige man ihr — hinwarf! O nein, für ein Alter in Aussicht stellte, das neunundneunzig Hundertstel ihrer Angehörigen nie erreichen. Nun, diese Entrüstung über die Bettelreform gilt es jetzt durch die That zu bekunden. Gibt es aber ein geeigneteres Mittel, als die Wahl des Mannes, der sie von Anfang an als das gekennzeichnet hat, was sie ist? Gewiß nicht. Und darum werden am 30. August die Wähler, die ihre Stimmen für Wilhelm Liebknecht in die Urne legen, nicht nur für sich, sondern zugleich für die gesammte Arbeiterschaft Protest einlegen gegen den Spott, der in dieser „Sozialreform" mit ihr getrieben wird.

Die Arbeiterklasse will keine Bettelpfennige, sie will ihr gutes Recht, das ihr bisher vorenthalten worden ist, und das ihr weiter vorenthalten werden soll. Die Sozialdemokratie vernichten wollen, heißt die Arbeiterklasse bevormunden, ihr Polizeifesseln anlegen. Man kann heute, wo der aufgeweckteste, geistig am meisten vorgeschrittene Theil in der Sozialdemokratie die natürliche Vertreterin seiner Interessen, seine Partei erblickt, das Eine nicht thun ohne das Andere. Jedes Polizeigesetz gegen die Sozialdemokratie ist an sich bereits und kann nichts anderes sein als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft. Und so wird die zur Arbeitersache haltende Wählerschaft des sechsten Berliner Wahlkreises am 30. August Protest ablegen gegen die bisherige und die für fürderhin geplante Bevormundung der Arbeiterklasse, daß sie einem der ausgesprochensten, bestgehaßten Vertreter der Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht, ihre Stimme gibt.

Die deutsche Arbeiterschaft will ebenso wenig wie von einer irdischen, von einer „himmlischen" Polizei bevormundet werden. Dem von oben ergangenen Ruf: Mehr Kirchen! stellt sie den Ruf: Mehr Schulen und bessere Schulen! entgegen. Am 30. August wird die große Mehrheit der Wähler des sechsten Berliner Wahlkreises Wilhelm II. diejenige Antwort auf seine Ansprache an die Berliner Stadtväter ertheilen, die diese ihm schuldig geblieben sind, indem sie dem Verfasser von „Wissen ist Macht" ihre Stimme gibt.

Die deutsche Arbeiterschaft ist Feindin alles Mordspatriotismus. Sie will den friedlichen Wettstreit der Völker, einen Frieden, begründet nicht auf die Macht der Bajonette, sondern auf Recht und Freiheit. Sie will eine freie Allianz der Völker, aber keine „heilige Allianz" der reaktionären Mächte gegen die Freiheit der Völker. Eine solche Allianz ist aber wieder im Werk, ihr war und ist nach dem Geständniß der Offiziösen die Rundreise Wilhelm's II. an verschiedene Höfe bestimmt. Darum stimmt die Berliner Arbeiterschaft am 30. August für den bewährten Vorkämpfer der Allianz der Völker, der von jeher die „heilige Allianz" der Reaktion leidenschaftlich bekämpft hat, für Wilhelm Liebknecht, den Schüler des Vaters der Internationale.

Wenn je der Ruf: Keine Zweideutigkeit! am Platze war, so ist er's heute. Schon wird eifrigst daran gearbeitet, dem Volk ebenso falsche Bilder von dem Manne zu machen, der durch den Zufall der Geburt und Dank einer vorsündfluthlichen Verfassung maßgebenden Einfluß auf die Geschicke des Landes hat, als diesem Mann falsche Bilder vom Volk und seinen Bestrebungen gemacht werden. Das Letztere besorgen die „getreuesten Diener", das Erstere „Seiner Majestät allergetreueste Opposition", der deutsche Freisinn, bei dem man nicht weiß, was er mit größerem Eifer betreibt, die Selbst-Täuschung oder die Täuschung des Volkes. So wird er denn auch, wenn er überhaupt den Muth haben sollte, in den Wahlkampf einzutreten, eine entschiedenere Niederlage erleiden, als er sie seit Jahren in diesem Wahlkreis erlitten. Und ebenso werden die ausgesprochen reaktionären Parteien, die „reinen" und die „unreinen" Schildknappen des christelnden Ausbeuterthums mit Glanz abfallen, Leute, die den Konfessions- und Rassenhader nur in die Massen schleudern, um sie von der Verfolgung ihrer wahren Interessen, vom Kampf gegen alles Ausbeuterthum abzuhalten. Es gibt nur einen Gegensatz, den der klassenbewußte Arbeiter, der Sozialist, heute anerkennt: Hier Ausbeuterthum, da die Sache der Ausgebeuteten. Wer für die Interessen des ersteren in irgend einer Form ist, kann seine Stimme nicht erhalten. Nur wer voll und ganz auf der Seite der Ausgebeuteten steht, ihre volle Emanzipation auf seine Fahne geschrieben, ist der geeignete Kandidat des Protestes gegen alles Unrecht und alle Unterdrückung.

Wilhelm Liebknecht, der vom Lockspitzelthum höherer und niederer Gattung bitter gehaßte Volkskämpfer, der „Soldat der Revolution", ist der Kandidat gegen die unter Wilhelm II. sich breitmachenden Schergen der Reaktion.

Die Berliner Genossen, die ihn auf ihren Schild gehoben, im Wahlkampf aufmuntern wollen, heißt sie beleidigen. Sie werden ihre Pflicht nach jeder Seite hin thun. Sie werden dafür sorgen, daß die Stimmenzahl, mit der er gewählt wird, eine imposante, daß über den Charakter dieser Stimmen kein Zweifel möglich sein wird.

Glück auf zur Arbeit, ihr Unermüdlichen, Unverwüstlichen!

Das „infame System".

Herr Bundesrath Droz hat jüngst in der Debatte über die Motion Curti von neuen Verbrechen, welche der „Sozialdemokrat" seit der Ausweisung der Vier begangen hat, nichts weiter anzuführen gewußt, als daß das Blatt den Ausdruck „infames System" mit Bezug auf die jetzigen Zustände in Deutschland gebraucht hat.

Wir übergehen die Ungeheuerlichkeit, die darin liegt, daß schon die Bezeichnung von Zuständen als schlecht oder infam etwas Strafbares enthalten soll, und wollen uns hier einmal etwas näher mit dem System selbst beschäftigen, das man in letzter Zeit wiederholt als „System Puttkamer" bezeichnet hat, das aber in Wirklichkeit das preußische System genannt werden sollte.

Jedes Regierungssystem, selbst dasjenige der tyrannischen Willkür und brutalen Unterdrückung jeder auch nur entfernt freisinnigen Regung des Volksbewußtseins, hat bestimmte Grundsätze und Prinzipien, nach denen verwaltet und gelenkt wird, und man kann ein schlechtes System nicht besser kennzeichnen und brandmarken, als wenn man die verwerflichen Grundsätze desselben öffentlich nachweist.

Einen solchen innersten Grundsatz des preußischen Systems in Deutschland wollen wir in Folgendem der öffentlichen Beurtheilung unterbreiten.

Die Richter'sche „Freisinnige Zeitung" brachte im November 1887 folgende Korrespondenz:

> „Das Landgericht in Weimar hat am 16. d. M. eine Entscheidung getroffen, welche bezeichnend für gewisse zeitgenössische Verhältnisse ist. Im Juni d. J. hatte eines Sonntagsabends in der Jenaer Kaserne eine größere Anzahl Soldaten einen dienstlich mißliebigen Kameraden in seiner Stube überfallen und mit Klopfpeitschen und Lederscheiden oder Seitengewehren bearbeitet (amtlicher Wortlaut!), so daß die empörte Nachbarschaft der Kaserne sich veranlaßt sah, einzugreifen. Der stud. phil. Sch. zeigte den Vorfall beim Bataillonskommandeur an, indem er dabei das Verhalten der Exzedenten in starken Ausdrücken charakterisirte. Dieselben Ausdrücke ließ der Redakteur der in Weimar erscheinenden Zeitung „Deutschland" passiren. Darauf wurden die Uebelthäter durch das Militärgericht zu geringen Freiheitsstrafen verurtheilt, gegen den Studenten und den Redakteur aber Strafver-

fahren wegen Beleidigung der Exzedenten eingeleitet, und zwar auf Veranlassung des Bataillonskommandeurs. Es wurden denn auch Beide zu 20 resp. 10 Mark Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation des Urtheils in zwei Zeitungen verurtheilt. Der Richter hatte den rohen Vorfall als von gesundem Korpsgeiste und gegenseitiger Erziehung der Soldaten zeugend aufgefaßt. Die seitens der Verurtheilten eingelegte Appellation an das Landgericht ergab eine Bestätigung des Urtheils, wenn auch unter völliger Verwerfung seiner Begründung."

Hier wird jeder noch nicht ganz „verpreußte" Mensch fragen:

Wie ist es möglich, daß in der Kaserne eine solche Rohheit geschehen konnte, und wie ist es möglich, daß ein Richter verroht genug ist, um dergleichen als „gesunder Korpsgeist und gegenseitige Erziehung" zu bezeichnen?

Die Antwort ist einfach:

In der ganzen preußischen Armee und somit nach der Verpreußung Deutschlands auch im ganzen deutschen Heere wird nach dem Grundsatz verfahren, die ganze Kompagnie dafür büßen zu lassen, wenn ein einzelner Soldat dauernd nachlässig und unordentlich ist. So erhält z. B. die ganze Kompagnie Extra-Putzstunde, wenn der Einzelne wiederholt Helm oder Knöpfe schlecht geputzt hat. Es bleibt aber nicht bei dieser indirekten Anreizung, die erduldete ungerechte Strafe an den betreffenden Kameraden zu rächen, sondern man hört bei solchen Gelegenheiten vor der Front der Kompagnie regelmäßig Worte fallen, wie: „Da sollten doch die Andern den Kerl 'mal gehörig verhauen."

Wenn dann das Unglück geschehen ist, wenn der Betreffende in der rohesten Weise krumm und lahm geschlagen ist, dann kräht kein Hahn darnach. Kommt der Fall aber durch Anzeigen von Zivilisten, welche Augen- oder Ohrenzeugen waren, zwangsweise vor das Militärgericht, so schweigt natürlich aus Furcht jeder Angeklagte von der direkten Aufreizung durch die Vorgesetzten, und die Strafen fallen recht gelinde aus. Diejenigen aber, welche den Vorfall zur Anzeige brachten, werden, wenn sie nicht jedes ihrer Worte strikte beweisen können, noch wegen Verleumdung oder Beleidigung belangt, und der Herr Richter, welcher höchst wahrscheinlich Reserveoffizier ist, und das richtige Verständniß für die herrlichen Grundsätze hat, welche in der Moltkeschen Volksschule zur Anwendung kommen, führt dem strafbaren Zivilisten im Urtheil zu Gemüthe, daß das alles nur Ausfluß gesunden Korpsgeistes und Mittel gegenseitiger Erziehung war.

Der obige Fall ist nun gerade ganz besonders kennzeichnen, im Uebrigen kommen ähnliche sicher allwöchentlich in der deutschen Armee vor.

Aber, könnte man einwenden, das gilt ja nur fürs Militär und hat mit dem allgemeinen politischen System nichts zu thun.

Der Einwand wäre zwar an sich schon hinfällig; denn die Armee ist für Preußen maßgebend, und das oben zitirte richterliche Urtheil beweist, wie herrlich der betreffende Erziehungsgrundsatz bereits aufs bürgerliche Leben seinen Einfluß geltend macht. Aber, was noch mehr ist, derselbe Grundsatz tritt auch in der hohen Politik in die Erscheinung, oder ist es etwa nicht genau dasselbe Prinzip, viele für die Schuld einiger weniger büßen zu lassen, welches bei der berüchtigten Paßzwangmaßregel in Elsaß-Lothringen zur Anwendung gekommen ist?

Genau wie man, um den einzelnen Soldaten an Ordnung und Pünktlichkeit zu gewöhnen, gegen die ganze Kompagnie eine brutale Ungerechtigkeit verübt, und diese dadurch wieder zu ungesetzlicher Brutalität gegen den Betreffenden anreizt, genau so läßt man das ganze reisende Publikum, und besonders die ganze elsäßische Bevölkerung in ihrem Verkehrs- und Erwerbsleben dafür büßen, daß jährlich vielleicht — hoch gerechnet — hundert französische Agitatoren über die Grenze kommen und den preußischen Behörden etwelche Ungelegenheiten machen.

Man sieht also deutlich, daß der ebenso ungerechte wie bornirte Grundsatz, viele für die Schuld einzelner büßen zu lassen, in Preußen-Deutschland im Militär, im bürgerlichen Leben und in der hohen Politik gleichmäßig zur Anwendung kommt, daß er also einen Fundamentalsatz des herrschenden Systems ist, unter welchem ein großes und edles Volk gegenwärtig seufzt.

Und nun Herr Bundesrath Droz, Hand aufs Herz:

Ist ein solches System nicht „infam"?

So schreibt nicht etwa ein sozialdemokratisches Hetzblatt, sondern der gut demokratische „St. Galler Stadt-Anzeiger". Man sieht, auf den Standpunkt seines „diplomatischen" Regenten ist das Schweizervolk doch noch nicht herabgesunken. Freilich ist die Frage an Herrn Droz überflüssig. Auch wenn er die Hand auf's Herz legte (nebenbei ein höchst überflüssiges, sentimentales Ding bei einem „Staatsmann" neu-europäischer Schule, die ja, ähnlich den Alchymisten des vorigen Jahrhunderts, in Bismarck den politischen Goldmacher und den Oedipus der sozialen Sphinx verehren) — auch wenn Herr Droz die Hand auf's Herz legte, er fände dieses System nicht infam. Frage man Herrn Puttkamer: „Hand auf's Herz, Ex-Exzellenz, ist Ihr System der Schröder, Haupt, Heinrich, Ihring-Mahlow, Naporra und Genossen, nicht infam?" Mit unnachahmlicher Pose würde der Extugend-Minister „sein" System als das bestmöglichste dieser Welten rechtfertigen! Und Herr Droz, der Vater der Schweizer-Bundespolizei, aus deren Eierschalen bald die Lockspitzel-Hühnlein schlüpfen werden, muß ja ähnlich denken! Infam? Nein, nachahmenswerth! Schade nur, daß das Volk noch in einem so „zurückgebliebenen Kulturzustand" sich befindet, daß es sich nicht zur „Regentenweisheit" seines „diplomatischen" Bundesvaters aufschwingen kann!

Die wirklich demokratischen Blätter in der Schweiz werden überhaupt gut thun, die Empfindlichkeit ihrer Oberen mehr zu schonen. Die neudeutsche Praxis hat viel Verständniß und Sympathie bei den „Regenten" allerwärts gefunden — die Affaire der Schweizer-Kolonie in Bukarest ist ein lehrreicher Wegweiser für die Zukunft!

Aus Frankreich.

Paris, 4. August.

Die Ersatzwahl für einen Sitz in der Kammer, welche am 8. Juli im **Rhone-Departement** mit der Hauptstadt Lyon stattfand, hat sich zu einem glänzenden Triumph für den Sozialismus gestaltet, obgleich schließlich ein Opportunist den Sieg davontrug. Während die Opportunisten binnen der letzten drei Jahre rund 58,000 Stimmen verloren haben, sind die für den Sozialisten — Vaillant — abgegebenen Stimmen von 3—4000, welche der Kandidat der revolutionären Arbeiterpartei 1885 erhielt, auf zirka 18,000 angewachsen. Die sozialistische Partei ist die einzige, welche sich im betreffenden Wahlkreise einer Zunahme ihrer Stimmen rühmen kann, denn während sich ihre Anhänger um das fünf-, ja fast sechsfache vermehrten, büßte der Opportunismus fast die Hälfte, und der bürgerliche Radikalismus über die Hälfte seiner Gefolgschaft ein! Charakteristisch für die Unpopularität der derzeitigen Kammer und das herrschende parlamentarische System überhaupt ist die Thatsache, daß sich bei der Stichwahl von 185,000 Wählern mehr als 150,000 der Stimmabgabe enthielten, und dies angesichts des Umstandes, daß Monarchisten und Boulangisten in letzter Stunde die Sachlage zu einer Ueberrumpelung ausnützen konnten. Bezeichnend ist auch, daß gerade die Mittelpartei, die Radikalen — die Opportunisten sind mehr oder minder ausgesprochene Konservative —, verhältnißmäßig am meisten Terrain verloren hat. Es zeigt sich dadurch in eklatanter Weise, daß auch in der Provinz der Zersetzungsprozeß der Mittelparteien sich vollzieht, auf den wir wiederholt hingewiesen, und der die Bildung einer starken Arbeiterpartei fördern muß. Das Wahlresultat ist um so beweiskräftiger für Leben und Wachsthum der sozialistischen Ideen in der Provinz, als das sozialistische Wahlkomite kaum wenig mehr als acht Tage in Kampagne stand, über sehr beschränkte Geldmittel verfügte und nicht auf Unterstützung seitens eines Lokalorgans zählen konnte, im Gegentheil, in allen Blättern und Blättchen des Departements grimmige Feinde fand. Aber Vaillant's Kandidatur wurde nicht nur von dem Gros der bürgerlichen Presse aller Schattirungen bekämpft, leider machten mit ihnen in dieser Beziehung auch die Organe der Possibilisten gemeinsame Sache. Die wiederholt widerlegte und von den Thatsachen in jeder Hinsicht Lügen gestrafte falsche Behauptung von Vaillant's boulangistischer Gesinnung mußte den Vorwand abgeben, unter welchem seine Kandidatur von possibilistischer Seite angegriffen ward. Die übrigen sozialistischen und revolutionären Gruppen jedoch hatten sich ohne Unterschied sofort mit großem Enthusiasmus für die Kandidatur Vaillant's erklärt, sobald dieselbe von einzelnen revolutionären Zirkeln Lyon's in Betracht gezogen worden war. Beistimmungsadressen und Aufforderungen an die Wähler, Vaillant zum Abgeordneten zu ernennen, kamen aus allen Theilen des Landes, aus Paris wie aus der Provinz, und bezifferten sich auf Hunderte.

Vaillant selbst akeptirte die Kandidatur erst, als sich die Wähler des Viertels Père-Lachaise, die ihn in den Pariser Gemeinderath geschickt, sowie das revolutionäre Zentralkomite für Annahme derselben ausgesprochen. Er betheiligte sich in thätigster Weise am Wahlkampfe, zu dessen Erfolg er wesentlich durch die klare und gediegene Darlegung der sozialistischen Ideen beitrug. Ohne Uebertreibung kann man behaupten, daß die Wähler, welche Vaillant gehört, für sein Programm gewonnen wurden. Die propagandistischen Früchte des Wahlkampfes schließen mit der Wahl nicht ab, sie werden in der Masse weiter wirken.

Die Ergebnisse des 8. Juli machten eine Stichwahl nöthig, an der sich die Sozialisten nicht betheiligten, einestheils weil sie die Kosten derselben scheuen mußten, anderntheils weil sie auch den Schein der Anschuldigung unmöglich machen wollten, als ob sie durch ihre Intervention die Aufstellung, respektive den Erfolg einer monarchistischen oder boulangistischen Kandidatur begünstigten. Sie hatten ihre Mannschaft in einer imposanten Revue gezählt, eine lebhafte Agitation in die Masse geworfen, die sie durch energische Propaganda weiter zu erhalten suchen, und so ließen sie sich an dem errungenen Siege genügen. —

Seit dem 23. Juli ist in Paris eine **große Streikbewegung** ausgebrochen, welche von Anfang an das Gute gehabt hat, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Proletariat und dem Rest der bürgerlichen Gesellschaft in seiner ganzen Schärfe hervortreten zu lassen und der Masse zum Bewußtsein zu bringen. Anlaß zu den Streiks gab die Forderung auf Aufbesserung der Löhne, entsprechend den neuen Submissionsbedingungen, welche der Pariser Stadtrath kürzlich für alle Gemeinde-Unternehmungen festgesetzt hat, sowie auf strikte Innehaltung des neunstündigen Normalarbeitstags. Die Streikenden konnten in dieser Beziehung auf ein günstiges Beispiel verweisen. Die an dem Bau der Handelsbörse beschäftigten Maurer hatten unmittelbar zuvor durch einen Streik Durchführung der neuen Arbeitsbedingungen erreicht, obgleich gerade dieser Bau noch vor Erlaß der neuen Submissionsbedingungen vergeben worden war. Die Initiative zu dem betreffenden Ausstand war Boulé zu verdanken, dem Sekretär der „unabhängigen Gewerkschaften", einem thätigen Mitglied der kollektivistischen Fraktion. Auf seine energische Agitation ist auch der neue, große Streik zurückzuführen, welcher alle Erdarbeiter, Brunnen-, Kanalgräber, Röhrenleger, Steinbrecher, Pflasterarbeiter 2c. umfaßt, die theils bei Privat-, theils bei städtischen Unternehmungen, die noch vor Votirung der Submissionsbedingungen in Akkord vergeben wurden, zu sehr niedrigen Löhnen bei unverhältnißmäßig langer Arbeitszeit beschäftigt sind. Die angeführten, sowie verwandte Arten von Arbeitern beschlossen, angeregt durch den glücklichen Ausgang des Maurerstreiks und die Wirkung der Boulé'schen Agitation, am 21. Juli die Arbeit einzustellen, wenn die Unternehmer nicht folgende Bedingungen bewilligen wollten: Einführung des Serientarifs der Stadt von 60 Centimes pro Stunde anstatt der jetzt gezahlten 45 Cts., den neunstündigen Normalarbeitstag, Entlohnung von Ueberstunden mit 90 Cts., von Nachtarbeit mit 1 Fr. 20 Cts. pro Stunde.

Wie zu erwarten, wiesen die Unternehmer diese Forderungen ab, und in der Presse brach ein Sturm der Entrüstung los ob dieser Unverschämtheit der Arbeiter. Schwerer Zorn entlud sich auch über den Pariser Stadtrath, der durch seine Submissionsbedingungen, die als „kommunaler oder munizipaler Sozialismus" verketzert wurden, all das Uebel heraufbeschworen, das den Profit der Kapitalisten bedrohte. Das hielt die betreffenden Arbeiter keineswegs ab, am 23. Juli die Arbeit einzustellen. Die Gewerkschaft der einschlägigen Beschäftigungszweige, welche bis dahin äußerst schwach und lose konstituirt war, gab Zeichen von frischem Leben. Schon am ersten Tage zeichneten sich mehr als 2000 Arbeiter als Mitglieder in ihre Listen ein und traten in Ausstand. Die Bewegung nahm täglich an Ausdehnung zu, an die Erdarbeiter, Straßenarbeiter, Kanalgräber 2c. schlossen sich die Asphalt- und Steinpflasterer, die Todtengräber 2c. an. Die Streikenden durchzogen in sich stetig vergrößernden Trupps die Stadt und die Vororte, überall verwandte Arbeiter zum Ausstand auffordernd. Jeden Morgen fand und findet noch in der Arbeiterbörse eine Versammlung der Ausständigen statt, welche über den Streik, seine Entwicklung, Ziele, die zu ergreifenden Maßregeln vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus berathen. Die Mitgliedschaft der genannten Syndikatskammer ist binnen wenigen Tagen auf 10,000 angeschwollen, die Zahl der Streikenden beträgt 15,000. Die Lastfuhrleute für Sand, Steine und andere Baumaterialien haben sich bereits dem Streik angeschlossen, die Lastfuhrleute, welche den Kehricht und Schutt aus der Stadt führen (charretiers-boueurs), sich solidarisch mit der Bewegung erklärt und stehen auf dem Punkt, offiziell die Arbeit einzustellen. Der Streik neigt dazu, sämmtliche Arten von Bauarbeitern in seine Kreise zu ziehen; Maurer, Zimmerleute 2c. werden in Folge der mangelnden Hülfsarbeiter bald gezwungen sein, ihrerseits zu feiern. In den Reihen der Maurergehülfen gährt es außerdem stark, und es fehlt nur noch der bekannte letzte Tropfen, um auch sie zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Der Streik trägt bis jetzt einen streng ökonomischen Charakter und ist ein ausschließlicher Lohnkampf, ein Kampf ums Stück Brot. Die Führer des Streiks halten absichtlich jede Hereinziehung von politischen Fragen fern und zeigen sich in dieser Beziehung um so strenger, als die Gift und Galle speiende, an ihren Lügen fast erstickende Bourgeoispresse den Streik bald als ein mit dem Gelde der preußischen Polizei inszenirtes Manöver, bald als eine von den Boulangisten hervorgerufene und unterhaltene Bewegung zu verketzern sucht. Es ist der größte Streik, der noch je in Paris ausgebrochen, und macht um so tieferen Eindruck, als zum ersten Male eine große Bewegung die Reihen der ungelernten Arbeiter durchzittert, deren tiefe Schichten bis jetzt den kämpfenden Arbeiterorganisationen und deren Agitation fremd und gleichgültig gegenüberstanden. Die Groß- und Kleinbürger können sich beim Anblick der meist großen, kräftigen Gestalten eines leisen Gruselns nicht erwehren, die Angst drängt die Freude an dem malerischen Bilde, das die Leute in ihren weiten Sammthosen, mit breitem rothem Gurt und blauen Leinwandjacken gewähren, in den Hintergrund. Die Ausständigen bewahren bei ihren Streifereien von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, um überall zum Streik aufzufordern, eine ruhige und würdige Haltung; bis jetzt ist es den Provokationen der Polizei und einiger Unternehmer im Allgemeinen nicht gelungen, die „Kanaille" von ihrer Taktik abzubringen. Vereinzelt ist es vorgekommen, daß Verräthern an der gemeinsamen Sache die Arbeitsinstrumente entrissen und fortgetragen, ins Wasser geworfen wurden, desgleichen haben Gruppen Streikender Karrenladungen Sand oder Steine umgeschüttet. Derartige Vorgänge trugen sich gegenüber offenkundigen Renegaten oder solchen Unternehmern zu, welche von vornherein erklärten, die Ausständigen mit Revolvern zu empfangen, resp. ihre Leute zu bewaffnen. Natürlich reiten die kapitalistischen Blätter gehörig auf den betreffenden Vorkommnissen herum.

Beim Ausbruch des Streiks haben Vaillant und Chauvière sofort einen Antrag auf Unterstützung der Arbeiter durch 90,000 Fr. seitens der Stadt Paris gestellt, fanden aber keine Majorität, welche durch den Beschluß ihr eigenes Werk — den Serientarif — sanktionirt hätte. Nur die Possibilisten und sozialistischen Radikalen stimmten dafür, die erstern dem Anscheine nach widerwillig genug, da sie nicht verwinden können, daß der Streik von dem nicht zu ihrer Fahne schwörenden Boulé geführt und in erster Linie von Vaillant und den Blanquisten unterstützt wird. Chabert erklärte in sauersüßer Weise, daß er „für die Bewilligung der Unterstützung nur aus humanitären Gründen stimme, da er den betreffenden Streik im gegebenen Moment für durchaus inopportun halte". Kennt er das Sprichwort nicht: „ventre affamé n'a pas d'oreilles"? (Ein hungriger Bauch hört nicht.) Die betreffende Erklärung, welcher von Joffrin zugestimmt ward, wird natürlich von der Presse gegen die Bewegung behaglich ausgeschlachtet, während die possibilistischen Stadträthe von derselben Seite her wieder einmal den Ehrenpreis ihrer „Mäßigung und Anständigkeit" erhalten. Die im Gemeinderath vertretenen Monarchisten, Opportunisten und Radikalen, autonomistischer und antiautonomistischer Färbung, traten wie ein Mann dem Antrag Vaillant's entgegen und illustrirten wieder einmal recht deutlich, daß die Arbeiter nur auf sich selbst zählen können, daß sämmtliche politische Parteien, auch die radikalsten, ihnen gegenüber die Interessen einer feindlichen Klasse vertreten und, wenn es darauf ankommt, zu der einen reaktionären Masse zusammenschmelzen. Es ist das erste Mal, daß sich die Radikalen des im Allgemeinen so anständigen Pariser Stadtraths ganz nackt und unverhüllt in so schroffen, feindlichen Gegensatz zu den Arbeitern bringen. Die Bewegung war aber ganz dazu geschaffen, das kapitalistische Eselsohr aus der radikalen Löwenhaut zum Vorschein zu bringen, sie rührte zu unmittelbar an die Stelle, wo jeder Bourgeois sterblich ist, an den Beutel.

Dies wird auch durch die Haltung des radikalen Kabinets Floquet bestätigt, welches von Anfang an den Unternehmern Polizei, Gerichte und Heer zur Verfügung stellte. Die Polizei hat sich wiederholt mit der ihr eigenthümlichen Brutalität auf harmlos herumziehende Trupps von Streikenden geworfen, mit dem blanken Säbel eingehauen, verschiedene Arbeiter schwer verwundet und Massen von Verhaftungen vorgenommen. Ein polizeilicher Erlaß verkündet außerdem, daß alle Ausländer, welche unter den Streikenden gefaßt werden, sofort aus Frankreich ausgewiesen werden. Die Ausständigen werden dieser Maßregel gegenüber nicht müde, die Solidarität zu betonen, welche sie mit ihren ausländischen Kameraden verbindet, gegen deren Ausweisung zu protestiren. Die Haltung der Polizei wird noch besonders durch die Thatsache charakterisirt, daß in verschiedenen Bauplätzen an Stelle der Streikenden Polizisten arbeiten. Arbeits- und Bauplätze sind nicht nur durch Polizei und Gensdarmerie, sondern durch aktive Truppen bewacht, welche nach dem „Temps" Befehl haben, „bei jedem versuchten Handstreich seitens der Streikenden ohne Schwäche zu handeln." Mit einfachen Worten heißt das, „ergreift die erste beste Gelegenheit, um die Arbeiterkanaille gründlich niederzukartätschen." Wie richtig diese Deutung, zeigt der weiterhin entschlüpfte Stoßseufzer, „daß die Regierung viel zu milde vorgehe, daß ihr Schwanken und Zögern vor einer energischen Haltung nicht zu begreifen und entschuldigen sei."

— — — — — — — — — — — — — — —

Soweit unser Korrespondent. Den weitern Verlauf des Streiks oder der Streikbewegung eingehend zu schildern, fehlt uns hier der Raum, wir müssen uns auf eine Zusammenfassung der wesentlichsten Vorgänge beschränken.

Während die streikenden Arbeiter im Großen und Ganzen sich durchaus ruhig verhielten und nur eine kleine Minorität von ihnen sich von einigen Hitzköpfen oder auch wohl Hetzspitzeln zu Unüberlegtheiten hinreißen ließ, die aber bei Weitem nicht den schlimmen Charakter trugen, den ihnen die Bourgeoispresse andichtete, tobte diese von Tag zu Tag immer ärger gegen die Regierung, daß sie sich unfähig zeige, die Ordnung aufrechtzuerhalten, daß sie zu schwach sei, die guten Bürger vor dem „Terrorismus der verhetzten Massen" zu schützen, und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr sind, die alle in der deutschen Bourgeoispresse ein verständnißinniges Echo fanden. Und diese saubere Taktik verfehlte ihre Wirkung nicht. Den Vorwurf, daß sie nicht stark genug sei, die heilige „Ordnung" zu schützen, erträgt keine Bourgeois-Regierung und sei es die radikalste. Herr Floquet und seine Kollegen ergriffen also begierig die erste Gelegenheit, die sich ihnen bot, den Herren vom „Temps", „Journal des Debats" 2c. zu zeigen, daß sie es wie der erste beste Säbelheld verstehen, die „Kanaille" zur Raison zu bringen.

Diese Gelegenheit lieferte ihnen das Begräbniß von Emil Eudes. Es war vorauszusehen, daß die Betheiligung an demselben eine großartige sein werde, daß namentlich die Streikenden sich in Masse einfinden würden, um dem Mann, dessen letzte Worte ihrer Sache gegolten, die letzte Ehre zu erweisen. Nun, statt der Polizei und Gensdarmerie strenge Ordre zu geben, sich jeder Provokation der ohnehin durch die Feindseligkeiten der letzten Tage gereizten Menge zu enthalten, wies man dieselbe an, jeder „ungesetzlichen Handlung" rücksichtslos entgegenzutreten, was soviel hieß, als ihr einen Freipaß geben, bei der ersten Gelegenheit dreinzuhauen. Und das hat sie dann auch redlich gethan. Den Vorwand lieferte das Entfalten einiger im Zuge befindlichen rothen Fahnen. Selbst Anhänger des Ministeriums, wie Herr Pelletan von der „Justice", erkennen an, daß die Organisatoren des Begräbnißzuges Alles aufgeboten, der Manifestation ihren friedlichen Charakter zu erhalten, und tadeln die lächerlichen Versuche, die rothe Fahne mit Polizeigewalt zu unterdrücken. Aber wie hat die Polizei auch gehaust!

„Ich war beim Zug," heißt es in einem uns zur Verfügung gestellten Privatbrief, „und zwar gerade an der Stelle, wo die Polizisten einhieben. Es ist der reine Zufall, daß ich mit ganzen Gliedmaßen nach Hause gekommen, denn die Polizisten fielen wie Bestien über die Menge her und hieben blindlings auf alles ein, Theilnehmer und Zuschauer, Frauen und Kinder. Die Panik war unbeschreiblich, der Einzelne ward im Tumult wie ein lebloses Objekt fortgerissen, geworfen, getragen. Die Szene hat auf mich einen unauslöschlichen Eindruck gemacht, ich hatte noch nie vorher Menschen mit so bestialischer Wuth über ihre Nebenmenschen herfallen gesehen."

Nach den üblichen Massenverhaftungen war die erste weitere Maßregel die Schließung der den Ausbeutern so verhaßten Arbeitsbörse. Die Bureaux derselben hat man zwar seitdem wieder freigegeben, aber der Versammlungssaal bleibt bis auf Weiteres geschlossen. Die Streikenden sind fortgesetzt unter Polizeiaufsicht gestellt, und das, obwohl sie auf den Vorschlag, ein unparteiisches Komite zu bilden, das ihre Forderungen untersuchen soll, eingegangen waren, während gerade die Herren Unternehmer es schroff abgelehnt hatten, sich auf Verhandlungen irgend welcher Art einzulassen.

Die opportunistische, und namentlich die Börsenpresse jubelt, daß die Regierung sich einmal „energisch" gezeigt, nämlich sich von ihr hat ins Schlepptau nehmen lassen. Sie hat den Radikalismus des Herrn Floquet richtig taxirt. Vor die Entscheidung gestellt, es mit dem Protzenthum ganz zu verderben, werden die kleinbürgerlich Radikalen im kritischen Moment immer zu diesem überlaufen, nichts nothwendiger finden, als den Gutgekleideten zu zeigen, daß man mit dem schmutzigen Kittel nichts gemein hat. Nun, die Arbeiter haben eine Lehre erhalten, die sie in Zukunft beherzigen werden, auf's Neue ist ihnen gezeigt, daß sie im Weitern für ihre sozialen Forderungen einzig und allein auf sich, auf die Macht ihrer Organisation zu rechnen haben. Von diesem Gesichtspunkt aus hat die Polizei des Herrn Floquet dem Sozialismus einen unschätzbaren Dienst geleistet.

Auf die alberne Redensart, der Streik sei von den Boulangisten und Monarchisten inszenirt worden, um der Republik einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, gehen wir nicht weiter ein. Sie ist zu kindisch, um von vernünftigen Menschen ernst genommen zu werden. Zudem, wäre die Republik das, was sie sein soll, so brauchte sie solche Manöver nicht zu fürchten.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 15. August 1888.

— **Die französische Republik** hat jetzt eine abermalige Warnung erhalten. Boulanger war das erste Avertissement — die Demonstrationen der vorigen Woche sind das zweite. Das erste hat genützt; wird das zweite ebensogut verstanden, dann werden die Augusttage des Jahres 1888 zu den glücklichsten Frankreichs gehören. Daß Parteien und Personen, welche im Trüben zu fischen lieben, die Spitze jener Kundgebungen gegen die Republik zu richten suchten, steht außer Zweifel, und wenn die Franzosen dabei auch an Bismarck'sche agents provocateurs denken, so haben sie nicht ganz unrecht. Jedenfalls dürfen die deutschen Reptilblätter über jenen Verdacht sich nicht allzulustig machen. Die Aussagen der Haupt, Schröder und Genossen befinden sich in schweizerischen Polizei- und Gerichtsakten, und wenn im Jahr 1848 russische Agenten notorisch in dem Juniaufstande mitkämpften, so kann die gleiche Taktik doch auch der Bismarck'schen Regierung zugetraut werden, die mit der russischen heute mehr als je ein Herz und eine Seele ist.

Freilich, zu behaupten, die jüngsten Kundgebungen seien das Werk der Boulangisten und ihrer ausländischen Helfershelfer, das ist ebenso lächerlich, als es weiland die Behauptung einiger honneten Republikaner war: der Juniaufstand sei künstlich von Legitimisten, Bonapartisten und russischen Polizisten gemacht worden.

Das Nichtsthun der republikanischen Parteien auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung und Sozialreform hat seine Früchte getragen: Das Vertrauen in weiten Arbeiterkreisen ist erschüttert worden. Es ist eine Lebensfrage für die Republik, daß sie sich dieses Vertrauen wieder gewinnt. Wir sagten schon früher einmal: für die französische Republik gilt das: Noblesse oblige — sie ist verpflichtet, für die Arbeiter zu thun, was eine Monarchie nicht zu thun vermag. Eine Republik, die das monarchistische Prinzip der Klassenherrschaft und Ausbeutung beibehält, hat heutzutage kein Recht mehr zu existiren. Und auch nicht die Fähigkeit, denn es fehlen die Existenzbedingungen. Die Republik ist entweder nichts, oder sie ist die Regierung des Volkes durch das Volk. Und das Volk in seiner Majorität leidet unter den sozialen Ungerechtigkeiten und muß, wenn es nicht zu Grunde gehen will, deren Beseitigung erstreben.

Eine Monarchie kann dieses Recht der Majorität leugnen, das Volk, welches Gerechtigkeit fordert, unter Ausnahmegesetze und Polizeidiktatur stellen und die geknechteten Massen mit einem Bettelalmosen abfinden, wie das z. B. die Politik der deutschen Regierung auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung und „Sozialreform" ist. Stellt sich aber die Republik auf dieses niedere Niveau der Polizei- und Militärmonarchie, so gräbt sie ihr eigenes Grab. Für das arbeitende Volk verliert sie jeden Werth, und ihre Feinde haben freies Spiel.

Das muß den bisherigen Leitern der Republik nachgesagt werden: sie waren redlich bemüht, den Arbeitern die Bewegungsfreiheit zurückzugeben, und ihnen die Fesseln abzunehmen, welche die früheren Monarchien geschmiedet — allein das genügt nicht, obgleich es nicht wenig ist, und die französischen Arbeiter unzweifelhaft in eine weit günstigere Lage versetzt hat, als die, in welchen die deutschen sich befinden.

Allein die „positiven", sozialreformatorischen Maaßregelungen haben wir bisher vergebens erwartet. Nicht daß wir sagen wollten, die französische Regierung sei in dieser Beziehung hinter der deutschen zurückgeblieben — im Gegentheil, die Arbeitergesetzgebung der französischen Republik ist weit besser als die des deutschen Polizeireichs — allein was will das bedeuten. Das Geschehene ist nach jeder Richtung hin unzulänglich, und die Sozialreform, die in einem freien Lande natürlich nicht nach dem Bismarck'schen Schwindelrezept gefälscht werden kann, ist noch nicht ernsthaft in Angriff genommen, oder auch nur vorbereitet worden.

Das ist eine schwere Unterlassungssünde, welcher die Kundgebungen der vorigen Woche gegolten haben.

Wir wollen hoffen, daß diese Lektion nicht umsonst war. Von außen kann die französische Republik nicht mehr zerstört werden. Die Armee der Republik ist groß genug, um selbst einer Koalition Trotz bieten zu können, und die Zahl der Wehrhaften läßt sich noch verdoppeln und verdreifachen, weil die Republik sich nicht gleich der Monarchie vor der Bewaffnung und Wehrhaftmachung der gesammten wehrfähigen Bevölkerung zu fürchten hat.

Nur von innen drohen der Republik Gefahren. La liberté ou la mort. Freiheit oder Tod! war die Losung der ersten französischen Republik. Die Losung der dritten ist: Sozialismus oder Tod! Ist sie nicht im Stand, die soziale Frage zu lösen, so wird Frankreich wieder in die Monarchie zurückfallen, bis die Verhältnisse und die Menschen weit genug entwickelt sind, um den Sozialismus in der Republik zu verwirklichen.

— **Die deutsche Reptilpresse** hat durch ihre Lügereien in Bezug auf die jüngsten Arbeiterkundgebungen in Frankreich sich selbst übertroffen. In diesem Fall konnte sie die zwei Wauwaus, die ihr politisches Kapital bilden, zu einem zusammenkneten: das rothe Gespenst und das französische Kriegsgespenst. Und da kam natürlich ein furchtbares Ungeheuer zu Stande. „Anarchie", „Zerfall", „Auflösung", „Militärdiktatur", „schreckliche Blutszenen" — mit dem Hintergrund der Versöhnung Aller in dem gemeinschaftlichen Haß gegen Deutschland und — als Finale: der Revanchekrieg.

Auch die Fortschrittspresse und der Sonnemann'sche Moniteur haben sich bei diesem Bangemach-Spiel kräftigst betheiligt, worüber wir uns nicht wundern konnten.

Kurz — in größerem Maßstab hatten wir eine Wiederholung der Preßorgien bei Gelegenheit der vorjährigen Streiks in Belgien.

Thatsächlich hat die Pariser Polizei, so arge Gemeinheiten sie auch verübte, doch nicht halb so viel Gewaltthaten sich zu Schulden kommen lassen, als vor zwei Jahren die preußische Polizei bei der berüchtigten Versammlungsauflösung in Hannover.

Wenn unsere Reptilien sich der Hoffnung hingeben, durch solche Gruselgeschichten über Frankreich die deutschen Arbeiter mit der deutschen Polizei- und Schandwirthschaft auszusöhnen, so ist das natürlich verlorne Liebesmüh. Die umgearbeiteten „Grundzüge" des Alters- und Invaliden-Versorgungsgesetzes zeigen, daß die zwei Thronwechsel dieses Frühlings in dem herrschenden System nicht die mindeste Veränderung hervorgebracht haben und daß nach wie vor Unwissenheit, Unehrlichkeit und Beschränktheit sich in die Vaterschaft der Bismarck'schen Sozialreform theilen.

Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, daß es in Deutschland auch nicht einen einzigen Arbeiter gibt, der diese Bismarck'sche Sozialreform pour rire (zum Lachen), und namentlich die sogenannte „Krönung" des Gebäudes nicht als eine Schande für die deutsche Regierung und als eine Beschimpfung der deutschen Arbeiter auffaßte.

— **Die Nachwahl im 6. Berliner Reichstagswahlkreis** liegt der Polizei schwer im Magen, und auch Leuten, die über der Polizei stehen. Liebknecht's Kandidatur ist ganz besonders unangenehm — aus Gründen, die nicht auseinandergesetzt zu werden brauchen. Und die „Norddeutsche Allgemeine", in deren Redaktion Liebknecht 1862 war, hat den Auftrag erhalten, für ein — Kartell zu agitiren und zwar für ein Kartell, zu dem auch die Fortschrittspartei zugezogen werden soll. Es ist zum Todtlachen, welche Wirkungen die Angst vor der Sozialdemokratie hervorbringt: Herr Pindter bietet den „verkappten Republikanern", der „Vorfrucht" u. s. w. die biedere Bruderhand und buhlt um die Gunst der „Reichsfeinde"! Nun — Herr Pindter ist ein sehr ungeschickter Liebesbote — wozu wäre der Tölpel überhaupt geschickt? — und die einzige Wirkung, welche er bis jetzt gehabt hat, ist, daß die alten Kartellbrüder sich mörderisch in die Haare gerathen sind und zwei verschiedene Kandidaten aufgestellt haben — einen verschämten und einen unverschämten Antisemiten, die einander wie die Fischweiber ausschimpfen.

— **Liebknecht's Kandidatur** wurde von unsern Berliner Genossen in einer kolossalen Wählerversammlung unter einstimmigem Jubel proklamirt. Natürlich verfiel die Versammlung dem Auflösungshenker. In einer zweiten Wählerversammlung am 9. August wurde, da Liebknecht selbstverständlich persönlich nicht in die Wahlagitation eingreifen kann, folgender Brief verlesen:

„Freunde, Genossen! Den sozialdemokratischen Wählern des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises, die mich für die bevorstehende Ersatzwahl als Kandidat aufgestellt haben, meinen herzlichsten Dank. Ich nehme die Kandidatur an und werde das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen bemüht sein. So traurig es auch für mich ist, die Stelle eines Freundes und langjährigen Mitkämpfers einzunehmen, den ein unsagbar grausames Schicksal in der Blüthe der Kraft zu Boden geschmettert hat, so ist es mir doch eine besondere Genugthuung, zu einem Vertreter der Stadt ausersehen zu sein, in welcher ich nach langer Verbannung zuerst wieder auf deutschem Boden für die Sache des arbeitenden Volkes streiten konnte und aus welcher ich vor 23 Jahren ausgewiesen wurde, weil ich dem Versuch entgegentrat, die Arbeiterbewegung zu Reaktionszwecken zu mißbrauchen. Damals hofften die verbündeten Feinde der Arbeitersache, Berlin auf immer der Sozialdemokratie zu entreißen. Jetzt ist Berlin schon seit mehr als einem Jahrzehnt die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie. Jede bisherige Wahl bekundete dort ein Fortschreiten der Partei, und auch die Wahlschlacht des 30. August wird und muß ein Anwachsen der Arbeiterbataillone bekunden. Mein Programm brauche ich nicht zu entwickeln — es ist das Euere und das Programm der Sozialdemokratie mit allen seinen theoretischen und praktischen Konsequenzen. Und daß es mir Ernst ist mit diesem Programm, das weiß, wer mich kennt. Wer mich kennt, weiß auch, daß ich unter den obwaltenden Verhältnissen die Bedeutung des Wählens und der parlamentarischen Thätigkeit weit mehr in dem agitatorisch-propagandistischen Wirken erblicke, als in dem gesetzgeberischen. So lange sämmtliche auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, oder richtiger gesagt, Unordnung stehende Parteien den Forderungen der Arbeiterklasse gegenüber sich feindselig-negirend verhalten, ist an ein ersprießliches Wirken auf dem Gebiete der Gesetzgebung nicht zu denken. Will die Arbeiterklasse zu ihrem Rechte kommen, so muß sie sich die nöthige Macht erobern. Ohne Macht kein Recht!

Was der Gerechtigkeit unserer Forderungen verweigert wird, das werden die Feinde dem unaufhaltsam sich vermehrenden Heere der sozialdemokratischen Wähler und Genossen auf die Dauer nicht verweigern können. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie einzig auf ihre eigene Kraft angewiesen. Weder von oben, noch von irgend einer andern Partei haben wir etwas zu erwarten. Doch wozu noch der Worte? Wir sind ja einander nicht fremd. Genug, ich werde unter allen Umständen meine Pflicht thun und ich weiß, daß die Berliner Wähler ihre Pflicht thun werden — am 30. August und sonst. Also auf Wiedersehen in Berlin!

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Borsdorf, 9. August 1888. W. Liebknecht."

Der Brief wurde mit stürmischem Beifall begrüßt, und der Geist der an dieser Versammlung gehaltenen Reden läßt keinen Zweifel, daß die Berliner Genossen ihre Pflicht thun werden — am 30. August und sonst!

— **In Berlin „agitirt" die Polizei** in ihrer Weise für die bevorstehende Reichstags-Ersatzwahl: erstens nimmt sie auf's Gerathewohl Haussuchungen und Verhaftungen vor; zweitens löst sie unter den nichtigsten Gründen und in provokatorischster Weise Arbeiter-Versammlungen auf. Die sozialdemokratischen Wähler sollen eingeschüchtert und an der nothwendigen Wahlorganisation gestört werden; und als idealste Hoffnung schwebt der Ihring-Mahlow-Gesellschaft ein blutiger Krawall vor, der zu Maßregelungen im großen Stil benützt werden könnte. Natürlich fällt es den Berliner Genossen nicht ein, in die plump gestellte Falle zu gehen; und die Polizei wird als einzigen Lohn für ihre Infamie nur eine großartige Blamage zu verzeichnen haben. Bemerkt muß es aber werden — und die Genossen dürfen es nicht außer Acht lassen — daß die Politik der Provokation auch unter Puttkamer's Nachfolger die Politik der deutschen Polizei ist. Und — wo die Politik der Provokation herrscht, da pflegen auch agents provocateurs, d. h. Agenten der Provokation oder auf schweizerdeutsch: Lockspitzel zu sein. Was nie zu vergessen!

Da wir gerade von Lockspitzeln reden, so sei hier erwähnt, daß zwar die beiden Ehrenmänner Ihring-Mahlow und Naporra noch nicht in die „Reichslande" abgegangen sind — die betreffenden Zeitungsnotizen haben das geplante Spiel durchkreuzt und etwas veränderte Dispositionen, sowie eine Vertagung des Plans nöthig gemacht —, daß aber der famose Schöne sich schon seit längerer Zeit in den Reichslanden, oder richtiger an der französischen Grenze aufhält und dort seinen sogenannten „Polizeidienst" zur Anfertigung von „Mißhandlungen Deutscher in Frankreich" mit dem ihm eigenthümlichen Ungeschick eingerichtet hat. Was das Ungeschick anbelangt, so werden wir vielleicht gelegentlich einige Liedchen davon singen. Einstweilen sei nur angeführt, daß die famosen Berichte der „Norddeutschen Allgemeinen" über „Mißhandlungen Deutscher in Frankreich" von Herrn Schöne verfaßt sind und schließlich nur auf die Verherrlichung der Thaten des Herrn Schöne und seiner Leute hinausläuft. Dieser skribelnde Spitzel hat nämlich mit vielen seiner Kollegen eine phänomenale Eitelkeit gemein — er kann es nicht lassen: er muß seine Thaten selbst an die große Glocke hängen, und sintemalen es mit seinen Thaten nicht sonderlich bestellt ist, so korrigirt er das Glück nach Art des biedern Riccaut de la Marlinière, und lügt sich glorreiche Thaten an. Von dem, was er an die „Norddeutsche Allgemeine" schreibt, sind neun Zehntel nicht wahr und das letzte Zehntel ist gelogen.

Und wie wir schon vor fast zwei Monaten mittheilten — Herr Schöne hat außer dem „Grenzdienst" gegen Frankreich auch den Spitzeldienst in der Schweiz und gegen die Schweiz unter seine Leitung bekommen; und wird dabei von verschiedenen alten Bekannten unterstützt. Auch von — doch Herr Schöne braucht ja nicht zu wissen, was wir wissen.

— **Die Erziehung zur Rohheit und Gedankenlosigkeit** ist, neben dem Militarismus und der Taschendieberei, das Hauptstreben der jetzigen Machthaber. Neun Zehntel von neun Zehnteln sämmtlicher deutschen Zeitungen — wir meinen sämmtliche Kartell- und Reptilienblätter — sind mit den gemeinsten Hetzereien gegen Mitbürger und fremde Nationen, oder mit der Verherrlichung niedriger Gesinnung und brutalen Handelns gefüllt. Das Regiment der Bismarck, Stöcker, Ihring-Mahlow, Puttkamer und Konsorten wird in allen Tonarten gefeiert, jede freiheitliche Regung, jede Regung des Edelmuths und des Rechtsgefühls verhöhnt, denunzirt; die knechtseligste Bauchrutscherei gepredigt, und ein dem kothfressenden Bonzenthum des Dalai-Lamismus ähnlicher Personenkultus gepflegt, ja als politische Pflicht geheischt. Selbständiges Urtheil ist ein todeswürdiges Verbrechen; wer von dem Kartellgesindel, das jetzt gesellschaftlich wie politisch überall Oberwasser hat, nicht zum „Reichsfeind" gestempelt, verfolgt, gehetzt und geboycottet sein will, muß mit der „patriotischen Hurrahkanaille" Hurrah! brüllen, und das Kreuziget ihn! Kreuziget ihn! Jedem, der nicht mit dem Strom schwimmen will, ins Gesicht schreien. Was zu allen Zeiten von allen ehrenhaften Menschen als Niedertracht gebrandmarkt worden ist: eigensüchtiges, Prinzip und Charakter mit Füßen tretendes Streberthum, schleichendes Denunziantenthum, feiges, kriechendes Schmarotzerthum — heute wagt es sich nicht blos auf die Straße, nein, es dominirt die Straße, es beherrscht Staat und Gesellschaft, es spreizt sich im Mantel der Bürgertugend und der Vaterlandsliebe, es proklamirt sich als höchste Staatspflicht. Wer Karrière machen will, muß in das Horn des Streberthums blasen — muß verzichten auf Scham, Ehre, Männlichkeit: will er das nicht, kann er das nicht, so ist er zum Mindesten verdächtig; die emsigste, pflichtreinste Arbeit rettet ihn nicht — er wird den „Reichsfeinden" zugezählt, in Acht und Bann gethan.

Und der Kultus der Rohheit! Jetzt beginnen in Deutschland die militärischen Uebungen. Und da haben wir die vortrefflichste Gelegenheit, in die „Moltke'sche Schule" hineinzublicken, und den „Geist" zu studiren, welcher den Soldaten eingeprägt wird. Es ist Befehl, daß die Soldaten auf dem Marsch möglichst viel singen müssen. Natürlich „patriotische" Lieder. Nun, diese Lieder muß man hören. Stupides Geschimpfe auf die Franzosen, Ausbrüche barbarischer Freude am Mord und Todtschlag, hyperbyzantinische Loblieder auf den „Kaiser" Wilhelm und ähnliche Leute, auf blinden hündischen Gehorsam — kurz die reine Unteroffiziers-Poesie für Gott, König, Massenmord und jegliche Niedertracht, die jemals von gewissenlosen Machthabern und deren Kreaturen ausgeheckt oder gepflegt worden ist.

Und die Lieder, welche den Schulkindern, Gymnasiasten, Akademikern und Studenten eingelernt werden, sind von genau „derselben Couleur in Grün" — nur etwas anders schattirt.

Die Bismarck, Stöcker und Konsorten glauben offenbar, sie hätten den richtigen Nürnberger Trichter für die Menschenschädel entdeckt oder wieder entdeckt und könnten, wie weiland der Gott der Bibelfabel, die Menschen schaffen nach ihrem Bild — so daß es blos noch Leute auf der Welt gibt, die denken und fühlen, wie es dem Bismarck, Stöcker und Kompagnie gefällt.

Nun — es hat ja schon früher Leute gegeben, die Aehnliches sich zutrauten. Zum Beispiel einen gewissen Karl den Fünften, „in dessen Reich die Sonne nicht unterging." Er wollte auch vermittelst des Nürnberger Trichters die Menschenschädel mit solchen Gedanken und Gefühlen vollstopfen, wie sie ihm paßten und siehe da, eines Tages wurde ihm klar, welch' bodenloser Esel er gewesen; er klopfte an die Pforte des Klosters von St. Just, und wollte die Kunst lernen, wie man zwei Uhren kann gleich gehen machen. Und als ihm dies nicht gelang, trotz alles Genies, aller Macht und aller Anstrengungen, da rief er vor seinem Tode aus: „O, ich Thor! nicht zwei Uhren kann ich gleich gehen machen, und ich dachte Millionen von Menschen nach meinem Willen denken und fühlen zu machen!"

Die gleiche Enttäuschung wird der jämmerlichen Epigonen warten, die ohne die geistige Begabung eines Karl des Fünften und relativ mit weit geringerer Macht die nämliche Thorheit verüben. Nur wird der „Abgang" von der Bühne kein so würdiger sein.

— **Späte Einsicht.** Wir haben in der angeblichen **Chicagoer Bomben-Verschwörung** vom ersten Augenblick an nur **Polizeimache**, nichts als einen von Polizeistrebern ausgeheckten und von ihnen mit Hinzuziehung einiger bethörter Arbeiter in Szene gesetzte Schwindel erblickt, und dieser Ueberzeugung auch Ausdruck gegeben. Diese unsere Ansicht wird auch durch alles, was seitdem über die „Verschwörung" bekannt geworden, bis zur Evidenz bestätigt. Wenn also J. Most in seiner „Freiheit" dieselbe ebenfalls als eine „Verschwörung von Schurken" hinstellt, so ist das an sich gewiß sehr begreiflich, nur stimmt es schlecht zu der Art und Weise, wie Herr Most bisher alle diejenigen traktirte, die schon früher — wie er jetzt — zwischen wirklichen und Polizei-Attentaten unterschieden. Ehedem hatte der „unerbittliche Anarchist" nur Hohn und Spott, wie allerhand Verdächtigungen für solche „Schlappmichelei". An der Aechtheit irgend eines Attentats, an der moralischen Qualität irgend eines Attentäters zweifeln, hieß ihm die Sache der Revolution verrathen, den revolutionären Geist im Volke untergraben. Die Anstifter von Attentaten oder Attentatsverschwörungen in den Reihen derjenigen zu suchen, denen dieselben in erster Reihe, wenn nicht ausschließlich zu gute kommen, hieß nach ihm die propagandistische Wirkung solcher revolutionärer Akte in Zweifel stellen. Was hat er nicht für Schimpfworte über unsere Partei ergossen, daß sie so „feige" war, an dem revolutionären Werth des Höllenschusses zu zweifeln — wobei er freilich vergaß, daß er zur Zeit des Höllenschusses, als er die Wirkungen desselben selbst zu fühlen bekam, genau so urtheilte und schrieb, als die später von ihm so maßlos beschimpfte Partei.

Nun, jetzt hat sich das Blatt wieder einmal gewendet. Jetzt sind die Theilnehmer an der Chicagoer Bomben-Verschwörung entweder „verschworene Schurken" oder „arme Teufel". Zugestanden. Aber was haben Gary, Grinnel und Bonfield vor dem alten Wilhelm voraus, daß wer sich auf ein Attentat gegen sie einläßt, ein „armer Teufel" ist, der „Attentäter seiner Majestät des Königs" aber als ein „zielbewußter Revolutionär" gepriesen werden muß, dessen Name noch unsterblich fortblühen wird, wenn von einem Liebknecht oder Marx kein Mensch mehr spricht? So hieß es ja wohl einst, als J. Most die Wirkungen der Propaganda der That nur aus der Ferne beobachtete.

„Bonfield lacht sich noch heute in die Faust, wenn er bedenkt, wie leicht die „öffentliche Meinung" seiner Zeit wider die Anarchisten in wahre Tollhäuslerei verwandelt werden konnte. Er weiß, welche Wunder die bloßen Worte Dynamit und Bombe unter den Philistern zwei Jahre lang gewirkt."

. . . „Aus alledem haben die Genossen die Lehre zu ziehen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, das heißt in diesem Falle, daß nicht jeder ein Revolutionär oder Anarchist ist, der fortwährend von Dynamit und Bomben spricht. Wer sich mit dem nächsten besten hergelaufenen Kerl auf Unterhandlungen über revolutionäre Aktionen einläßt, der kann von Glück sagen, wenn er nicht verrathen und verkauft ist, ehe er sich's versieht.

„Ja, auch mit älteren Bekannten ist solche Planerei nicht immer räthlich Viele Leute, die von Hause aus ganz unverdorbene Naturen sein mochten, werden in der jetzigen schweren Zeit der Noth unter dem Druck von Arbeitslosigkeit und Hunger zu Hallunken. Sie vermögen den Verlockungen der Polizei-Kanaille nicht zu widerstehen, nehmen Judas-Schillinge an und spielen die polizeilichen Schlepper, welche die Arglosen dem Verderben überliefern.

„Ferner sollten nachgerade auch jene Wirthshaus-Schreiereien aufhören, in denen sich Manche gefallen, und hinter denen zwar gar nichts steckt, die jedoch unter Umständen genügend sein könnten, Manchem den Hals oder mindestens die Freiheit zu kosten." . . .

Alles das steht wörtlich in der Nr. 31 der „Freiheit". Wehe dem, der ihr vor etlichen Jahren dergleichen eingeschickt hätte. Jämmerling, Abwiegler — das wären noch die sanftesten Ehrentitel gewesen, die ihm an den Kopf geflogen wären. Das war eben vor Chicago und der Attentatshetze in nächster Nähe der Redaktion der „Freiheit". Die Bombe hat wirklich Wunder gewirkt, wenn auch keine „revolutionäre".

Beiläufig, wie würde der Mann, der in Amerika, wo denn doch noch ganz andere Verhältnisse herrschen als im Polizei- und Philisterstaat Preußen-Deutschland, jetzt so schreibt, erst in Deutschland schreiben, wenn er all den niederträchtigen Polizei- ꝛc. Chikanen ausgesetzt wäre, mit denen unsere von ihm als Leisetreter verlästerten Genossen Liebknecht, Bebel, Auer, Singer ꝛc. zu kämpfen haben?

— **Zur Bettelreform.** So wenig die „Sozialreform" den deutschen Arbeitern auch bietet, wenn überhaupt von bieten da die Rede sein kann, wo nur in neuer Form gegeben wird, was vorher in anderer Form genommen wurde, so ist selbst dies Wenige noch dem deutschen Ausbeuterthum zu viel. In ihren Organen hören die Herren gar nicht auf zu klagen, wie hart sie durch die Unfallversicherung bedrückt werden, wie große Opfer ihnen dieselbe auferlegt, wie schwer sie sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigt. Diesem Geschwätz gegenüber veröffentlicht die „Fränkische Tagespost" folgende, den amtlichen Ausweisen entnommene Zahlen über die fürchterlichen Leistungen der Herren:

„Derjenige Theil der im ersten Betriebsjahre (1886/87) vorgekommenen Unfälle, deren Folgen die in den Berufsgenossenschaften vereinigten Arbeitgeber allein zu tragen haben — und lediglich diese kommen ja in Betracht — hat den Genossenschaften eine Gesammtausgabe von 1,711,699.98 Mk. verursacht. Das giebt auf den Kopf der 3,473,435 versicherten Arbeiter eine Ausgabe **von 50 Pfg.**, auf jeden der betheiligten 299,174 Betriebe **von 6.32 Mk.**, 0,0008 pCt. des gezahlten Arbeitslohns 2,228,388,565.50 Mk. Zu den Erzeugungskosten tritt also im Großen und Ganzen nur eine verschwindend kleine Belastung der Unternehmer hinzu, die selbst dann nicht ins Gewicht fallen kann, wenn diese Ausgabe bis zu demjenigen Punkte steigt, an welchem die Steigerung naturgemäß in Stillstand gerathen muß. Daraus ergiebt sich aber auf der andern Seite, daß der Vortheil, der dem Arbeiter aus der Zwangseinrichtung erwächst, ebensowenig bedeutend ist, und diese Wahrnehmung wird noch dadurch verstärkt, daß, wie die Rechnungslegung ergibt, für jeden dieser schweren Unfälle nur eine Entschädigung von 176.04 Mk. zu zahlen gewesen ist."

„Es scheint also", heißt es in dem betreffenden Artikel weiter, „die Last sehr ungleichmäßig und zwar zu Gunsten der Arbeitgeber vertheilt zu sein, wenn man von dem vielfach bereits als richtig erwiesenen Grundsatz ausgeht, daß der Arbeitgeber für verpflichtet erachtet werden muß, für die beim Betriebe sich ereignenden Unfälle allein aufzukommen.

Neun Zehntel aller Unfälle werden nach den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes behandelt. Zu dieser Versicherung liefern an die freien Kassen der Arbeiter die Arbeitgeber gar keine Beiträge. Der aus eigenen Mitteln zu leistende Beitrag der Arbeitgeber an die Ortskassen beläuft sich auf ein Drittel derjenigen Beiträge, welche auf die von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen entfallen. Dieser Drittel-Beitrag aber wird reichlich ausgeglichen durch die Leistungen, zu denen die freien Kassen der Arbeiter lediglich aus eigenen Mitteln ihren zu Unfall gekommenen Mitgliedern gegenüber verpflichtet sind."

50 Pfennig per Jahr auf den Kopf des versicherten Arbeiters eine „erdrückende Belastung"! Die Herren können den Geist, der sie beseelt, nicht besser kennzeichnen als durch diese Klage. Wer noch nicht Sozialdemokrat ist, der muß es werden, wenn er dies prozentwüthige, pfennigfuchsende Protzenthum in der Werkstatt betrachtet.

Solche Geister brauchen in der That ein Sozialistengesetz gegen die „unmäßigen" Ansprüche der Arbeiter, denn acht Zehntausendstel des jämmerlichen Arbeitslohns bedrohen ja ihre „Konkurrenzfähigkeit".

Wann wird endlich das 89 anbrechen für diese Filze, die zehntausendmal schäbiger sind als die alte Noblesse!

— **Zahlen, die sprechen — nein, die schreien,** enthält der statistische Ausweis der Kranken- und Sterbekasse der Holzarbeiter in Deutschland, der größten freien Hilfskasse im deutschen Reich, für die Zeit vom 1. Juli 1887 bis zum 30. Juni 1888. Danach sind in diesem Zeitraum 496 Mitglieder dieser Kasse gestorben, 171 Tischler und 325 Nichttischler, und bei nicht weniger als **66** von den 171 Tischlern war die Todesursache Lungenschwindsucht, bei **48** Lungenkrankheiten anderer Art. „Da nun die meisten dieser „andern Lungenkrankheiten," heißt es sehr richtig in einem durch die deutsche Arbeiterpresse laufenden Artikel, „wie Bluthusten, Lungenleiden, Bronchialkatarrh,

Kehlkopfschwindsucht u. s. w. in Bezug auf ihre Entstehungsursache mit der Lungenschwindsucht in eine Linie gestellt werden müssen, so ergibt sich, daß von 171 verstorbenen Tischlern durch die gesundheitsschädlichen Folgen der Berufsarbeit 114 ein frühes Grab gefunden haben.

Von den direkt an der Lungenschwindsucht Gestorbenen 66 war der Aelteste 48 und der Jüngste 19 Jahre alt geworden. Von der Gesammtzahl der 171 verstorbenen Tischler befanden sich im Alter von 18 bis zu 24 Jahren 34 Personen, von 25 bis zu 30 Jahren 49, von 31 bis zu 40 Jahren 42, von 41 bis zu 48 Jahren 38, von 50 bis zu 60 4, während einer 63 Jahre alt geworden ist. Das erreichte Durchschnittsalter dieser 171 todten Tischler beträgt nur 32½ Jahr, also thatsächlich noch weniger als bei den Steinmetzen."

Und das bei Angehörigen einer freien Hilfskasse. Bekanntlich wird von den Vertretern der Ortskassen, wie überhaupt den Gegnern der unabhängigen Arbeiterbewegung, den freien Hilfskassen beständig der Vorwurf gemacht, daß sie nur die kräftigern Arbeiter in ihren Verband aufnehmen, die schwächern aber den Zwangskassen überlassen und diese dadurch benachtheiligen. Nun, wenn dieser Vorwurf nicht ganz und gar aus der Luft gegriffen ist, welchen Schluß lassen dann die Zahlen der „privilegirten" Kasse auf Leben und Lebensdauer der großen Masse der übrigen Arbeiter dieses Berufs zu?

Und gegen solche grauenhaften Verhältnisse soll eine Altersversicherung, die den Proletarier, der das 70ste Lebensjahr überschritten, eine „Pension" von 33 Pfennigen pro Tag gewährt — eine soziale Reform darstellen! Es gehört in der That die eiserne Stirne eines deutschen Schlot- ꝛc. Junkers dazu, solches zu behaupten, und der ganze pharisäische Dünkel des mordspatriotischen Bildungspöbels, pathetisch zu deklamiren: Deutschland marschirt mit seiner Sozialreform an der Spitze aller Kulturnationen. An der Spitze, ja. Aber von etwas, was man sonst die faulen Früchte der Kultur nennt: von Lüge und Betrug.

— **Spaßig** sind die Bemühungen der deutschen Reptilien, den Mißerfolg der Petersburger Reise zu verdecken. Daß das erstrebte Bündniß nicht zu Stande gekommen ist, müssen sie indirekt eingestehen — sie behaupten aber, die Sache des Friedens sei wesentlich gefördert worden. Sie stellen das sonderbarerweise als einen Erfolg des jüngsten deutschen Kaisers und seines Hofmeisters und Hausmeiers hin, als ob es Beiden um den Frieden zu thun gewesen wäre.

Für das Fiasko der „Meerfahrt" entschädigt sich unsere Reptilpresse durch Schimpfereien auf Frankreich, dessen stündlich zu erwartender „Zerfall" uns mit amüsanter Bestimmtheit angekündigt wird. Die Republik muß zu Grunde gehen, weil sie — kein Sozialistengesetz hat. Hätten die Franzosen einen Puttkamer, einen Ihring-Mahlow und ähnliche Polizeigenies, dann wäre ihnen allenfalls zu helfen; da die Republik aber keine solche Staats- und Gesellschaftsretter hat, so ist ihr Schicksal besiegelt.

Nun — wir möchten hier einen kleinen Tausch vorschlagen: wir geben den Franzosen unseren Putty, mit Allem, was an ihm hängt, und lassen uns dafür nach dem famosen do ut des-Prinzip den brav' général Boulanger schenken. Dann brauchten wir auch für die nächsten Wahlen nicht um einen Wauwau verlegen zu sein. Boulanger „in Selbstperson" der „Hurrah-Kanaille" präsentirt, das müßte Wunder wirken, und würde eine „nationale Wiedergeburt" bewirken, verglichen mit welcher der 21. Februar des vorigen Jahres das reine Nichts war!

— **„Vaterlandsloses Gesindel."** Dem „hochanständigen" „Hamburger Korr." geht aus Warschau folgender Schmerzensschrei zu:

„Nach den bisherigen Vorgängen scheint die russische Regierung den Ukas vom März betreffend ausländische Grundbesitzer mit aller Strenge ausführen zu wollen und den Ausländern die Naturalisation zu erschweren oder rundweg abzuschlagen. Es sind jüngst zwei solche Fälle bekannt geworden. Die Herren v. Treskow, Besitzer bedeutender Ländereien bei Kutno, haben ein Gesuch um Naturalisation beim Ministerium des Innern eingereicht, und man glaubte, daß ihnen solche nicht versagt werden würde. Wider Erwarten ist eine ablehnende Antwort ergangen. Die Herren v. Treskow werden daher ihre Güter wohl verkaufen müssen. Ein gleiches Schicksal ist dem Hamburger Kaufmann Herrn Martens begegnet, welcher sein Gut Zakrzowek in aller Eile einem Inländer verkauft hat."

Wir Sozialdemokraten sind international und werden deshalb vom „Hamburger Korrespondent" und seiner Partei mit Vorliebe als „vaterlandsloses Gesindel" verlästert. Das Verfahren jener Herren aber, die, um ihr Eigenthum zu retten, ohne Weiteres ihre Nationalität preisgeben, findet er ganz in der Ordnung, und ist empört, daß die russische Regierung von solchen „Landeskindern" nichts wissen will. Nun, ohne die sauberen Motive, welche das Verhalten der russischen Regierung in Wirklichkeit bestimmen, irgendwie beschönigen zu wollen, müssen wir doch sagen, daß wenn einmal der Begriff der Nationalität so gelten soll, wie ihn die Sippe ausspielt, der der „Hamburger Korrespondent" dient, so sind die Russen in ihrem Recht. Wer die preußischen Heldenthaten in Elsaß-Lothringen und Polen, begangen von Leuten, die ihre Nationalität hochhalten, gutheißt, der darf sich nicht darüber beklagen, wenn die Russen von Leuten nichts wissen wollen, die ihr Vaterland um schnöden Mammon aufgeben.

Im Uebrigen ist die Geschichte ein hübscher Kommentar zur wiederhergestellten „Erbfreundschaft".

— **Der Glaube an die Haltbarkeit unserer Zustände** wird in immer weiteren Kreisen täglich mehr erschüttert. Immer rascher nähern wir uns dem Augenblick, da außer der kleinen Klasse der Privilegirten, Niemand mehr ein Interesse an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge hat, weil die ungeheure Mehrheit blos noch von einer Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse etwas zu hoffen vermag. Und selbst Kreise, die den Gedanken des Sozialismus nicht zu fassen vermögen, und der gegenwärtigen Produktionsanarchie und den daraus resultirenden Uebeln der Zweitheilung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose mit kleinlichen Palliativmittelchen steuern zu können vermeinen, können sich angesichts des provozirenden Verhaltens der Gegner die Gefahr einer nahen Katastrophe nicht verhehlen. Der katholische Ex-Priester Dr. Mc Glyn in Newyork, der bekanntlich wegen seiner Theilnahme an der Propaganda für die Henry George'schen Landtheorien auf Betreiben der reichen Schafe seiner Kirchengemeinde vom Papste exkommunizirt wurde, prophezeite in einer seiner letzten Sonntagsreden vor der Anti-Poverty-Gesellschaft (Gesellschaft gegen Verarmung) offen die Revolution: „Eine furchtbare Revolution, sagte er, welche die französische Revolution weit in den Schatten stellen wird, wird kommen. Das Volk wird sich in seinem Zorn erheben und über diese Diktatoren zu Gericht sitzen, mit Bajonetten und Knüppeln die Mönche, Pfaffen, Erzbischöfe, Kardinäle und den Papst behandeln."

Und diese Ansprache, setzen die amerikanischen Blätter hinzu, fand begeisterte Aufnahme. Aehnlich prohezeite bekanntlich in seinem Buche über die Nihilisten auch der verstorbene Zürcher Professor Hans Scherr, der, wenn ihm der hohenzoller'sche Sumpfnebel nicht gerade den Verstand betäubte, ein sehr klares Auge hatte. Nur daß dieser deutschtolle Professor noch an eine Rettung durch das „herrliche deutsche Kriegsheer" glaubte. Schade, daß er nicht länger lebte — er hätte auch diese Illusionen sonst mit ins Grab nehmen müssen! Der nüchterne amerikanische Pfaffe ist von solch' deutschthümlich-romantischen Schrullen frei!

— **Das Vaterland gerettet.** In Frankfurt am Main wurde vor einigen Tagen, wie die Blätter übereinstimmend melden, ein betrunkener Mann verhaftet, weil er sich — man denke — „beleidigend über den Fürsten Bismarck äußerte." Wenn man den Betrunkenen hätte ruhig seiner Wege gehen und seinen Rausch ausschlafen lassen, wäre heute wahrscheinlich Deutschland zu Grunde gerichtet. Darum, es lebe der Denunziantenstand, die Stütze der Ordnung im Bismarckland!

— **Aus Altona** wird der „Kreuzzeitung" gemeldet, daß bei der Richtfeier eines Neubaues in der Friedensallee „die Maurer die Arbeiter-Marseillaise gesungen haben." Schrecklich. Aber der That folgte die Strafe auf dem Fuß. „Die Polizei hat sämmtliche Verbrecher — Verzeihung, es heißt in der Notiz merkwürdigerweise nur Sänger — also „sämmtliche Sänger zur Verantwortung gezogen."

Da wird's wohl wieder Strafmandate regnen. Wie konnten die Vermessenen auch ein Lied singen, in dem es heißt: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen . . . das ist der Unverstand der Massen."

So etwas kann im heutigen Deutschland nicht geduldet werden. Der Verstand der Massen, das ist der Feind, den jeder gute Staatsbürger bekämpfen muß.

— **Von der „stillen" Revolution.** „Welch große Ausdehnung die Verwendung der Eisenkonstruktion bei unseren Neubauten im letzten Jahrzehnt gewonnen hat," lesen wir in einer Berliner Lokalnotiz, „kann man bei allen Privatbauten wahrnehmen. Heute sind es nicht mehr blos Eisenbahnschienen zu Zwischenträgern oder Säulen bei Läden und Schaufenstern, welche statt des Mauerwerks, das mehr Licht absorbirt, Verwendung finden, sondern fast alle größeren Bauten werden mittelst ungeheuren Mengen von Eisentheilen fertig gestellt. Der billige Preis des Materials kommt zu den sonstigen Vortheilen, welche die Eisenkonstruktion gewährt, noch hinzu, um die Anwendung derselben zu verallgemeinern. So ist bei einem Neubau auf dem Dönhoffsplatze bis in den vierten Stock hinauf zwischen einzelnen Steinpfeilern die ganze Fensterfront aus Eisen hergestellt, so daß ohne alle Holzverwendung die Fassade nur aus Stein und Eisen bezw. Glas besteht."

Das bedeutet, daß das Zimmerer- und Maurergewerk, das bisher manufakturmäßig betrieben wurde, immer mehr seiner Aufgaben entrissen und der Großindustrie zugeführt, Manufakturarbeit durch Fabrikarbeit, Handarbeit durch Maschinenwerk ersetzt wird. Es wird noch dahin kommen, daß man bei einem Hausbau weder Maurer noch Zimmerer, sondern nur Ingenieure mit ihren Hülfsarbeitern beschäftigt sieht. So wird eine bisher widerstandsfähige Schichte der Arbeiterklasse nach der anderen herabgedrückt ins versklavte Proletariat der Maschinenindustrie.

— **Aus Dänemark** (Kopenhagen) wird uns unterm 4. August geschrieben: Am 12., 13. und 14. Juli hielt die sozialdemokratische Partei Dänemarks einen Kongreß sämmtlicher der Partei angehörigen Sektionen ab. Die 33 Sektionen waren durch 65 Delegirte vertreten. Ein Kongreß der Gewerkschaften wird im Monat August stattfinden, und zu diesem werden auch die Gewerkschaften Schwedens und Norwegens Zutritt haben.

Der sozialdemokratische Kongreß fand im Vereinshause der Partei, Römersgade 22, statt; das Kongreßlokal war reichlich mit rothen Fahnen und Emblemen geschmückt. Auch war daselbst gleichzeitig eine hübsche Ausstellung von allen sozialistischen Zeitungen Europas und Amerikas arrangirt. Dieser klare Beweis der außerordentlichen und stets wachsenden Verbreitung des internationalen Sozialismus erregte den größten Jubel der Delegirten.

Am 12. Juli, 9 Uhr Morgens, wurde der Kongreß unter enthusiastischen Hochrufen auf die Sozialdemokratie eröffnet. Die Tagesordnung enthielt folgende drei Hauptpunkte: Das Parteiprogramm, die Organisation und die Agitation. Das Resultat der Debatten über den ersten Punkt war die Annahme eines vollständigen Programms der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, das ganz mit dem der deutschen Sozialdemokratie übereinstimmt und aus dem wir folgende Punkte hervorheben.

„Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist die Befreiung der Arbeit von dem ausbeutenden Kapitalismus. Alle Parteien, welche diese Aufgabe nicht als Zweck des Staates anerkennen, sind der Sozialdemokratie gegenüber eine reaktionäre Masse." — „Die dänische Sozialdemokratie wirkt zunächst in nationalem Rahmen; doch anerkennt sie im vollsten Maße, daß der Sozialismus nicht blos eine nationale oder lokale Frage sei, sondern die theoretische und praktische Unterstützung der Arbeiter aller Länder erfordere."

Die dänische Sozialdemokratie fordert ferner als Grundlage des Staates und als Uebergang zur sozialistischen Gemeinarbeit in Ackerbau, Industrie und Verkehr, sowie zum Schutze des arbeitenden Volkes u. A.: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für Männer und Frauen vom 22. Lebensjahre an; Einkammersystem; Volksabstimmung; volle Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit; gemeinsamen, freien und obligatorischen Schulunterricht in konfessionslosen Staatsschulen, staatliche Kindererziehungs-Anstalten.

Der die Landarbeiter betreffende Abschnitt des Programms lautet: „Fideikommisse und Pfarrgüter werden eingezogen und anderes zum Verkaufe stehende Landeigenthum wird vom Staate gekauft. Haiden und andere unbebaute Flächen werden vom Staate in Besitz genommen und von diesem bepflanzt. Bei dem Staate gehörigen Grund und Boden wird Gemeinbetrieb unter Aufsicht des Staates angestrebt."

Die Thätigkeit des Kongresses in Bezug auf die Organisation und Agitation war hauptsächlich lokaler Natur. Konstatiren müssen wir aber, daß eine Reihe von Beschlüssen gefaßt wurden, welche unserer Partei ein gesundes Zusammenwirken und Ineinandergreifen der einzelnen Sektionen sichern.

Am Tage nach Schluß des Kongresses (Sonntags) hatten die Delegirten einen Ausflug in die Umgegend von Kopenhagen, auf welchem die gehobenste Stimmung herrschte. Die Einmüthigkeit, die sich überall und stetsfort zeigte, legt Zeugniß dafür ab, daß die Sozialdemokratie hier in Dänemark nicht nur gewachsen ist, sondern auch an innerer Kraft zugenommen hat.

Wir hoffen, in Zukunft mehr als je im Stande zu sein, die sozialdemokratischen Ideen zu verbreiten und ihnen allgemeine Anerkennung zu verschaffen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
P. Knudsen,
Sekretär der sozialdemokratischen Federation in Dänemark.

— **Amerika.** Eine erfreuliche Kundgebung zur bevorstehenden Präsidentenwahl wird aus Chicago berichtet. Dort haben am 15. Juli englisch sprechende Arbeiter nach einem Vortrage von Thomas Morgan folgende Resolution beschlossen:

„Wir erklären hiermit: Daß unter dem gegenwärtigen System eine unversöhnliche und tödtliche Feindschaft zwischen den kapitalistischen und arbeitenden Klassen besteht, und daß diese Feindschaft das Resultat des Privatbesitzes aller Lebens- und Arbeitsquellen ist, welcher die Kapitalisten in den Stand setzt, aus dem armen Mann und der Abhängigkeit des Arbeiters Vortheil zu ziehen und allen Reichthum, den diese errungen, zu konfisziren, sowie ihnen als Lohn einen Theil des Gewinnes zukommen zu lassen, der vollständig ungenügend ist, sie zu unterhalten, während die Klasse der Kapitalisten den Luxus genießt, der durch die ergiebige Macht der Arbeit erzeugt wird,

daß die feindlichen Beziehungen zwischen den kapitalistischen und arbeitenden Massen durch Staats- und Nationalgesetzgebung aufrechterhalten werde,

daß die Organisation der republikanischen und demokratischen Partei die politische Agentin der kapitalistischen Klasse ist und durch die Klasse die gesetzgebenden Körper beeinflußt,

daß die zur Schau getragene Feindseligkeit zwischen den republikanischen und demokratischen Politikern nur die Eifersucht von Agenten ist, die ihre eigene Wichtigkeit und Verwendbarkeit in dem Dienst der kapitalistischen Herren verherrlichen wollen,

daß eine Stimme, die von einem Arbeiter für diese kapitalistischen Agenten abgegeben wird, gleichsam gegen ihn selbst abgegeben wird; er stimmt einfach für längere Arbeitsstunden, für geringeren Lohn, für mehr Kinderarbeit, für mehr Miethskasernen und für Vermehrung der Zahl der Armen. Wir halten die Verbreitung der Grundthatsachen für so wichtig, daß alle aufrichtigen Arbeiterreformer ihr äußerstes thun sollten, um die Arbeiter zu belehren und sie dadurch vor Täuschung durch leere Versprechungen republikanischer und demokratischer Politiker zu bewahren."

Dazu bemerkt die Chicagoer „Arbeiter-Zeitung":

„So weit die Resolution, die zuerst sehr eifrig (als inopportun) bekämpft, nach einer ausgezeichneten Rede Morgans aber einstimmig angenommen wurde. Natürlich wird dadurch das Eintreten für die korrupten Parteien verworfen, und die Ansicht proklamirt, daß die englischen Sozialisten, wenn sie überhaupt wählen wollen, nur für einen Kandidaten eintreten können, der das Vorhandensein des oben geschilderten Kampfes anerkennt und sich in demselben auf Seiten der Arbeiter stellt, mit anderen Worten: der Sozialist ist.

Wir glauben, daß unsere englischen Genossen damit in das richtige Fahrwasser gekommen sind. Bisher haben sie noch immer viel zu sehr mit sich handeln lassen — immer mit der Begründung, daß man sonst die „Amerikaner" nicht heranziehen könne; jetzt hat es hoffentlich ein Ende! Es war auch fast zum Verzweifeln, wenn man es mit ansehen mußte, wie das sozialistische Programm nach und nach so gerupft wurde, daß buchstäblich nicht eine einzige sozialistische Forderung übrig blieb, blos um es dem Amerikaner mundgerecht zu machen. Dieser mag dann freilich in vielen Fällen erklärt haben, daß er, wenn dies Sozialismus sei, sich auch als Sozialist bezeichne, aber es war eben kein Sozialismus, es war weiter nichts als ein Sammelsurium republikanischer oder demokratischer Wunschzettel. Durch das bisherige Vorgehen der englischen Genossen wurden also nicht die Amerikaner zu uns emporgehoben, sondern wir sanken zu ihnen herab.

Und darum begrüßen wir mit Freuden den neuesten Umschwung in der sozialistischen Bewegung unter den Amerikanern, zu dem hoffentlich die Beschlüsse der letzten Sonntagsversammlung den Anstoß geben werden."

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

Von R. H. in Dresden: Verschiedene Flugblätter und Festrede von R. Schweichel.

Um weitere Einsendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen ꝛc. sind eingetroffen aus Michigan, Kopenhagen.

der Expedition: Blaubeuren: Reklamirte Fr. 8 — (Mk. 6 40) am 24/4. eingeg. u. gebucht. — M. W. Löge: Fr. 6 75 f. Schft. erh. — Dreifuß i. L.: Adr. noch gut. — Die rothen H. i. E.: Fr. 61 — (Mk. 49 41) à Cto Ab. ꝛc. erh. Bf. erw. — Carbonaro: Fr. 86 — (Mk. 69 66) à Cto Ab. ꝛc. erh. Bstllg. notirt. Adr. gelöscht. — F. R. u. P. Jg. Paris: Schftbstllg. notirt. — Dtsch. Sozdem. Club Batignols: Bstllg. notirt. Gewünschtes folgt. — Heinrich: Reklamirtes durch Zwischenhand verzögert. — Major Eduard: Adr. gelöscht. — Stichling: Bf. v. 8. hier. Weiteres bfl. — Petit: Nachr. v. 8. hier. Rechg. richtiggestellt. Werden also auf diese Mittheilg. Sperre aufheben. Erwartetes kreuzte. Alles hier. Gewünschtes folgt. Rath betreffend Sdg. werden allerdings befolgen müssen. Das ist ja zum Haarausreißen theuer. — Kernpunkt: Adr. gelöscht, notirt u. geordnet. Weiteres bfl. — J. St. R.: Mk. 3 — Abon. 3. Qu. erhalten. Weiteres bfl. — Bürger Sanftmuth: Bstllg. notirt. Heft 1—20 kostet Mk. 6 —. Weiteres bfl. — Rother Eisenwurm: Kassa richtiggestellt. Werden Zwischenhand eroniren. Bstllg. notirt. — Karl Schwarz: Adr. gelöscht. Bstllg. notirt. Weiteres bfl. — Ph. Rckr. R.: Adr. geändert. — Lionel: Avis hier. Besten Dank. — Tschech: Mk. 6 — f. 2 Ab. 3. Qu. u. Mk. 2 — à Cto erh. Adr. geändert. Sperre ist eben für Alle maßgebend u. ordnungshalber nöthig. — Juttländer: Fr. 27 40 (Mk. 22 20) à Cto Ab. ꝛc. erh. — E. Frtn. Beauvais: Fr. 5 — f. Schft. erh. Bstllg. folgt. — „h": Bstllg. notirt. Weiteres bfl. — J. H. St. G.: Bstllg. notirt. „Schw. Liste" folgt. — Panzerschiff: Fr. 123 45 (Mk. 100 —) à Cto Ab. ꝛc. erh. Bf. erw. — Dr. R. Jofflbt.: Bf. erh. Werden dort anfragen. Antw. bfl. — Rother Franz, R. Y.: Ihr Cto beträgt noch Mk. 21 20. Gruß. — B. Wyda., Michigan: Beilage an Red. abgeb. Fr. 5 15 (1 Doll.) Ab. 3. u. 4. Qu. erh. — R. L.: Auszug u. Kataloge folgen. Gewünschtes berücksichtigt. — Arabi Pascha: Mk. 200 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Aber keine Zeile dabei, und doch warten wir so sehr auf Antwort! — Von einem Lakirten: Fr. 20 — pr. Ufd. bkd. erh. — Rother Apostel: Bstllg. „D." notirt. Adr. gelöscht. Alte Adr. noch gut. Bewußtes Blatt ist freilich ebenso dumm als feige! Gruß u. „Gottvertrauen"! — Maßkrug: Mk. 60 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Das „läppert" sich aber so sehr langsam in die Höhe des Kontos! n bisl auffrisch'n! Adr. geordn. Gewünschtes u. weiteres bfl. — J. S. R.: Mk. 2 60 Porto 3. Qu. erh. — F. Ch. E.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. — Seesturm: Mk. 5 — à Cto Ab. ꝛc. erh. Weiteres bfl. — Rother Blutfink a. d. Ruhr: Auskunft bkd. erh. Adr. notirt. — Rothbart: Nachr. v. 10. hier. Etwas mehr würde der Deutlichkeit nicht schaden. — Seidenwurm: Mk. 20 40 à Cto gutgebr. Adr. gelöscht und notirt. Näheres bfl. — Veilchenstein: Bf. v. 11. hier. Weiteres bfl. — Petermann: Bf. v. 11. hier. Antwort bfl. — Distelfink: Adr. geordnet. — Felix III: Bf. v. 11. hier. Adr. notifizirt. Dem „Himmelstürmer" nur den Weg zur Buße erschweren u. immer wieder „verleiten". Antw. bfl. — Die alten rothen G.: Mk. 50 50 erh. u. Mk. 27 85 pr. Ggr. notirt. Mk. 64 85 à Cto Ab. ꝛc., Mk. 10 — f. alte Tannen u. Mk. 3 50 f. Abt. gutgebr. Beilage abg. Bstllg. notirt. — G. Mhlr. Cincinnati: Bstllg. notirt. Weiteres bfl. Fr. 10 15 Ab. 3. Qu. und Schft. erhalten. — Gebr. Hmgh. St. Louis: Bestellung notirt. Wird besorgt. — Rother Geldsack: Bestellung notirt. Adresse geordnet. Beilage abgegeben. Antwort bfl. — Muth und Kraft: Fr. 89 45 (Mk. 72 76) à Cto Ab. ꝛc. erhalten. Bf. erwartet. — Dr. A. i. Eglg.: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erh. — Donnersberg: Dtschft. v. G. noch nicht hier. Vielleicht direkt abg. Adr. gelöscht. Mk. 11 50 Portoverlg. gutgebr. Baldige Uebernahme sehr erwünscht. Weiteres bfl. — 2002: Fr. 8 — (swfl. 4 —) à Cto Ab. u. Schft. erh. „Stepniak" vergriffen. „Thun" ist auf Buchhändlerweg dort leicht zu beschaffen. — Lasse: Adr. geord. Weiteres bfl. — Württemberg: Adr. notirt. Reklam. erh. Es muß dort nicht stimmen. Bfl. mehr. — Clara: Rchng. richtig gestellt. Bstllg. notirt. Ihre Hoffnung „noch in diesem Monat" — ist bescheidener als unsere. — Claudius: Adr. notirt. Avisirtes erw. — Hebe: Bf. mit „Dtscht." vom 17. v. M. hier. Bstllg. notirt. Bfl. mehr. — F. A. Sorge, Hoboken: Fr. 50 65 à Cto erh. — Ambrg.: 1887 erhielten die Freisinnigen 973104 Stimmen u. 32 Sitze. —

Für die Denkschrift eingegangen: Einsendungen aus Goldlauter und Braunschweig.

Bei uns erschienen und durch uns zu beziehen:

	Fr. C.	M. Pf.
„Vorwärts". Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk, brochirt	3. —	2. 40
In Prachtband gebunden	4. 50	3. 50
Sozialdemokratisches Liederbuch. 10te Auflage	—. 50	—. 40
Sozialdemokratischer Deklamator	—. 50	—. 40

Wir empfehlen:

	Fr. C.	M. Pf.
A. Bebel, Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	2. 50	2. —
— Der deutsche Bauernkrieg	2. —	1. 60
Fr. Engels, Herrn Dührings Umwälzung der Wissenschaft	2. 50	2. —
— Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	—. 40	—. 35
F. Lassalle, Bastiat-Schulze von Delitzsch	1. 25	1. —
Der Leipziger Hochverrathsprozeß 1872 gegen Bebel, Liebknecht und Hepner	3. 75	3. —
C. A. Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie	—. 65	—. 50
E. Sack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit Mk.	—	—. 60
— Beiträge zur Schule im Dienste für die Freiheit	„	1. 20

Porto und Versandtspesen außer der Schweiz kommen zu Lasten der Besteller.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

Volksbuchhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat"
Hottingen-Zürich.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung von J. Hübscher.